

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus f. d. Woche vom 5.—10. Novbr. 50 Millionen Mk. Einzelverkaufspr. 8,5 Millionen Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon { 905 nur Redaktion. { 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtspaltige Zeile ob. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärts 25 G.-Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle { 905 nur Redaktion.



# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 254.

Dienstag, 6. November 1923.

30. Jahrgang.

## Bereitschaft zur Abwehr!

SPD. Berlin, 5. November.

Solange die Sozialdemokratie in der Reichsregierung vertreten war, galt der Kampf der rechtsradikalen Organisationen angeblich dem Einflusse der „Marxisten“ in den Reichsstellen. Inzwischen haben die sozialdemokratischen Reichsminister aus eigenem Entschlus die Beteiligung an der Koalition des Herrn Stresemann aufgegeben. Sie haben sich hierzu veranlaßt, weil die bürgerlichen Reichsminister nicht den Mut fanden, auch Bayern gegenüber die Staatsautorität zu wahren. Man hätte annehmen sollen, daß damit die Beschimpfung des Reichskabinetts und seiner führenden Männer aufhören würde. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Der Austritt der Sozialdemokratie aus der großen Koalition hat den Mut der Putzschützen wesentlich gestählt.

Sie lassen der bürgerlichen Reichsregierung jetzt keinen Zweifel mehr darüber, daß ihr Kampf dem System von heute, dem Parlamentarismus, gilt und sie nicht eher ruhen werden, bis ihre eigene Diktatur, die der Generale und der politischen Rindsköpfe, errichtet ist. Endlich scheinen das auch die augenblicklichen Machthaber im Reiche einzusehen. Wenigstens steht es äußerlich so aus, als wenn sie sich nunmehr darüber klar sind, daß die Parole gegen den „Marxismus“ nur ein jämmerlicher Vorwand war und der an der bairisch-thüringischen Grenze in Vorbereitung befindliche Kampf nicht nur einzelnen „Marxisten“, sondern auch der bürgerlichen Reichsregierung selbst den Kopf kosten soll. Vielleicht hätte diese Erkenntnis heute noch nicht gestiegt, wenn die Parteiführer der ehemaligen kleinen Koalition den Reichskanzler und den Reichswehrminister in einer am Montag beim Reichspräsidenten erfolgten gemeinsamen Besprechung nicht davon hätten überzeugen können, daß endlich aktive Maßnahmen gegen den drohenden Rechtsputsch aus Gründen der Staatserhaltung und einer zur Verständigung führenden Außenpolitik veranlaßt werden müssen.

Der positive Wille des Reichskabinetts, die für den Bestand des Reiches durch einen Rechtsputsch drohenden Gefahren zu verhindern, kommt zunächst in der Entsendung einzelner Reichswehrregimenter nach Südhüringen zum Ausdruck. Bisher sind drei Infanterieregimenter in die „Gefahrenzone“ abtransportiert worden. Ihr Aufmarsch soll am Dienstag vormittag beendet sein. Sie sind hinter der thüringischen Landespolizei, die direkt an der Grenze Aufstellung genommen hat, stationiert und haben vorläufig die Aufgabe, einen Vorstoß der irregulären Banden abzuwehren, also nicht offensiv vorzugehen. Durch die Parteiführer der ehemaligen kleinen Koalition haben sich aber sowohl der Reichskanzler wie der Reichswehrminister am Montag ferner davon überzeugen müssen, daß die ausschließliche Sicherung gegen Bayern allein zur Abwehr des drohenden Rechtsputsches nicht genügt und auch in den übrigen Teilen des Reiches vorbereitende Maßnahmen zu treffen sind. Wäre ausschließlich die Möglichkeit eines Vormarsches gegen die in Bayern stationierten irregulären Banden vorhanden, dann dürften die für den Bestand des Reiches bestehenden Gefahren nicht unüberwindlich scheinen. Aber es ist leider damit zu rechnen, daß mit dem Vormarsch über die thüringische Grenze gleichzeitig auch in anderen Teilen des Reiches die rechtsradikalen Geheimorganisationen den Versuch zur gewalttätigen Ergreifung der Staatsgewalt mit Erfolg durchzuführen, wenn dem nicht frühzeitig vorgebeugt wird. Deshalb sind die Führer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokratie mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichs-

wehrminister übereingekommen, von der Reichsregierung einen Aufruf an das Volk richten zu lassen, der auf die drohenden Gefahren hinweist und eine Bereitschaft zur Abwehr für den Notfall verlangt.

Mit diesen positiven Maßnahmen der Reichsregierung sind unseres Erachtens die Gefahren für das Reich keineswegs gebannt. Man darf nicht vergessen, daß die Rüstungen der illegalen Verbände seit Monaten vor sich gehen und die kriegsküsternen Banditen deshalb über eine gewisse Stoßkraft verfügen. Viel Mut haben sie nicht, aber immerhin übertreffen sie die zur Abwehr gerüsteten Republikaner durch ihre geschlossene Organisation, die von uns jetzt in wenigen Tagen geschaffen werden soll. Dieser Mangel kann durch die Entschlossenheit der republikanischen Parteien übermunden werden. Sie müssen schnellstens in ihren eigenen Reihen mit der Mobilisation der kampfschlüssigen Anhänger beginnen und zwar so, daß im Notfalle sofort die gedienten Männer zur Stelle sind. Dem Aufruf der Reichsregierung hat zu diesem Zweck ein Appell der republikanischen Parteien an ihre Mitglieder zu folgen. Im Zusammenhang hiermit ist die Aufhebung der sozialdemokratischen Zeitungsverbote erforderlich, die in der Praxis nur auf eine Kräftigung der reaktionären Elemente hinauslaufen. Selbstverständlich können die sich zur Rettung des Reiches und zum Schutze der Republik zur Verfügung stellenden Arbeiter, Angestellten und Beamte den Abwehrkampf nicht mit Spazierspaziergängen führen. Aus den verschiedensten Gründen ist es nicht angebracht, über diese Dinge öffentlich zu reden. Deshalb müssen die Spitzenorganisationen, insbesondere auch die Gewerkschaften sich jetzt schon dafür einsetzen, daß im gegebenen Falle die notwendigen Abwehrmittel bereitstehen. Nur so werden sie das Vertrauen ihrer Anhänger zur Republik stärken und im Wiederholungsfall erneut die kampfbereiten Republikaner um ihre Fahnen sichern können.

Wir sind gewiß, daß Hunderttausende von überzeugten Republikanern sich zur Verfügung stellen, wenn es heißt, nicht allein die Republik zu schützen, sondern auch der seit Jahren von Bayern ausgehenden unheilvollen Verheerung ein Ende zu machen. Wollen wir wieder zu ruhigen und geordneten Verhältnissen im Innern kommen, dann muß die Unterbindung der Verheerung ermöglicht werden und das wird nur der Fall sein, wenn die Reichsregierung endlich zur Offensive gegen Bayern vorgeht und sich in diesem Augenblicke der höchsten Not die geplanten Rezepte derjenigen zu eigen macht, die nach der Herrschaft im Reiche sechzen, um unser Volk erneut ins Unglück zu treiben. Erforderlich ist die sofortige Verhaftung der als Führer von Geheimbänden bekannten Personen, der Vormarsch gegen die irregulären Banden an der bairisch-thüringischen Grenze und nach Möglichkeit ihre Festnahme. Dazu gehört gewiß etwas Mut — aber nicht mehr! Schon der Mut zur Entschlossenheit in Berlin dürfte die sich jetzt in Bayern sammelnden farbentragenden Studenten und die verführten Arbeitslosen wieder zu einer Besinnung bringen, die in Fahnenflucht zum Ausdruck kommt. Denn darüber sollte endlich auch Klarheit herrschen, daß bei Hitler und Genossen im Ernstfall ebenfalls nur die Parole gilt: „Lieber fünf Minuten seige als eine Minute tot.“

Die Reichsregierung sollte sich vorsehen, daß die jetzt auf Hitler bezogene Parole im Volksmunde nicht dereinst auf sie Anwendung findet. Dazu gehört aber die notwendige Entschlußkraft, zu der die Reichsregierung gerade gegenüber Bayern um so mehr Anlaß hat, als das gegenwärtige Kabinett damit im Parlament steht und fällt.

notierung ohne jede Schwierigkeit einstellen konnte, richtete sich der patriotische Sinn der Landwirte und Getreidegroßhändler nicht nach der amtlichen Berliner Notierung, sondern nach den gesprochenen Phantastikurien in Amerika. Den Ueberpreis nach dem New Yorker Kurs erzielte er eben durch die Erhöhung der Goldmarkpreise. Die Börse nahm so für sich eine Verwässerung der Goldanleihe vor. Doppelt gespannt wurde die Lage, als die Reichsgetreidestelle, die bis dahin aus ihren Beständen Getreide und Mehl abgab, verkagte, weil ihre Vorräte erschöpft waren. Die Folgen sind nun eingetreten. Am Freitag abend beschloß man im Ernährungsministerium schon einen Brotpreis von 25 Milliarden für Berlin. Die Wirklichkeit hat die Befürchtung übertroffen. Die Berliner Preisprüfungsstelle heute angeblich nach genauer Ueberprüfung der Kalkulation einen Brotpreis von 140 Milliarden fest. Entsprechend dem Urtel von Sachverständigen darf er höchstens 50 Milliarden betragen. In München soll er sich auf 50 Milliarden und in Hamburg sogar auf 200 Milliarden belaufen. Für eine Bevölkerung, die zu neun Zehntel arbeitslos ist oder verzußt arbeitet, deren Lohn nach einem unzulänglichen Index berechnet und in Papiermark ausgezahlt wird, ist dieser Preis unerhört und tatsächlich unerträglich. Das Volk hungert, wie jener deutsche nationale Agitator im Reichstag sagte, bei vollen Scheunen und weiß nicht, wie es das trodne Brot beschaffen soll. In Berlin ist es infolge des hohen Brotpreises bereits zu blutigen Unruhen gekommen. Wir

Dollar 418 Milliarden.

1 Goldmark 100 Milliarden, 1 Goldpfennig 1 Milliarde

werden in nächster Zeit wohl allgemein neue Hungerrevolten mit Teuerungsunruhen erleben. Unter diesem Druck ist das rein bürgerliche Kabinett zur Beratung der Lage zusammengetreten. Es hat beschlossen, die Mehlorräte in den Mühlen und Getreideleibern zu beschlagnahmen und sie den Regierungsstellen zum Verkauf zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Die Regierung wird mit ihrer Kunst fertig sein, wenn die Speicherräte zu Ende gehen. Die Sozialdemokratie hat bekanntlich in ihrem Ultimatum in voriger Woche scharfes Vorgehen gegen die Besitzer der vollen Scheunen verlangt, damit das Volk nicht verhungert. Diese vernünftige Forderung wurde von den bürgerlichen Ministern abgelehnt. Heute haben ihnen schon die Landwirte und der Getreidehandel die Quittung erteilt. Die Leute der vollen Scheunen fragen wenig nach bürgerlichem oder marxistischem Kabinett, wenn es um ihren Profit geht. Sie fragen wenig darum, ob das Volk verhungert, wenn es sich darum handelt, die Getreidepreise zu steigern. Die Tragik der dritten Regierung Stresemann ist, jetzt die Maßnahme gegen die Landwirte anwenden zu müssen, die von der Sozialdemokratie vorgeschlagen wurde und die sie noch vor 5 Tagen frivol und leichtsinnig ablehnte, wenn sie dem Volke endlich Brot zu angemessenen Preisen verschaffen will.

## Gegen die Brotübersteuerung.

Berlin, 5. November.

Die Reichsregierung und die preussische Regierung leiteten Maßnahmen in die Wege, um jede ungerechtfertigte und übertriebene Brotübersteuerung zu unterbinden. Die Mehlorräte, die sich in den Speichern der Mehlhändler in Berlin befinden, werden noch heute beschlagnahmt werden. Das Mehl wird sofort von den zuständigen Regierungsstellen zu ordnungsmäßigen Preisen den Bäckern zugeführt werden. Gleichzeitig werden die Verhältnisse auf dem Mehl- und Brotmarkt behördlich aufs Strenge nachgeprüft und etwaige Wucherer gehen sofort unanständig geahndet.

Die Wirkung vom 6. November ist der Brotpreis für Groß-Berlin von 140 Milliarden auf 80 Milliarden, der Preis für die Schrippe auf 3 Millionen Mark ermäßigt worden.

Fester Brotpreis?

SPD. Zur Durchführung des Kabinettsbeschlusses, das Getreide bei den Mühlen, den Großhändlern usw. zu beschlagnahmen, hat das Reichsernährungsministerium im Einvernehmen mit dem preussischen Staatskommissar folgende Bestimmungen getroffen: Die Kalkulation für den Brotpreis erfolgt auf der Grundlage von 420 Milliarden Mark für den Dollar. Danach beträgt der Brotpreis 80 Milliarden Mark. Die Beschlagnahme soll so vorgenommen werden, daß die Mehlentnahme unbehindert bleibt. Verträge, die bis zum 8. November laufen, dürfen und müssen deshalb ausgeführt werden. Der Preis für Mehl, bis zu 80 Proz. ausgemahlen, ist bei dem Erzeuger auf 33 Mk. und bei dem Händler auf 36,5 Mk. festgelegt worden. Der Käufer darf wählen, in welchen Zahlungsmitteln er seine Schuld begleichen will. In Frage kommen Papier- oder Goldanleihe zum amtlichen Berliner Kurs.

## Schwere Ausschreitungen in Berlin.

Berlin, 5. November.

In verschiedenen Stellen Berlins machte sich heute vormittag die Erregung der Bevölkerung über die enorme Höhe der Brotpreise in Krawallen Luft. Fast in allen Gegenden der Stadt kam es zu Plünderungen von Baderläden. Besonders schwere Ausschreitungen ereigneten sich um die Mittagszeit im ehemaligen Scheunenviertel, wo Erwerbslose zunächst vor dem Arbeitsnachweis demantierten und dann angingen, die in der Münz- und Grenadierstraße befindlichen jüdischen Geschäfte zu plündern. Auch jüdische Stragenpassanten wurden von der Menge angegriffen und ausgeraubt. Den Anlaß zu diesen Ausschreitungen gaben Stragenhändler, die die Arbeitslosen um die Hergabe von Goldanleihe zum dreifachen amtlichen Kurs angingen. Marmierte Schutzpolizei zerstreute die Ansammlungen und nahm mehrere Verhaftungen vor. Dann wurde die Grenadierstraße abgeriegelt und die Häuser nach verdächtigen Personen durchsucht. Auch vor der Börse fanden im Laufe des Vormittags Ansammlungen statt, die indes von der Polizei leicht zerstreut werden konnten. Auch dort wurden mehrere Personen festgenommen. Die Eingänge zur Börse erhielten verstärkte Bewachung.

## Die Sachverständigenkonferenz für Reparationen.

Einigung zwischen London, Rom und Brüssel?

London, 5. November.

Reuter berichtet aus Washington: Mitteilungen, die beim Staatsdepartement eingegangen sind, besagen, daß Großbritannien, Italien und Belgien ein Uebereinkommen zugunsten einer freien und vollen Untersuchung der Reparationsfrage durch den Sachverständigenausschuß erzielt haben.

wd. London, 5. November. (Drahtbericht.)

Reuter meldet: Es verlautet, daß Großbritannien, Belgien und Italien sich bezüglich der Instruktionen geeinigt haben, die dem geplanten Sachverständigenausschuß zur Prüfung der Reparationsfrage erteilt werden sollen. Man glaubt auch, daß ihre Vorschläge, wonach der Ausschuß ermächtigt werden soll, im allgemeinen die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, auch Amerika annehmbar erscheinen werden.

## Ubersetzung der Goldpreise?

Jetzt beginnt die Schraube auf der andern Seite.

Seit Einführung der Goldpreise an den Produktenbörsen machte sich die Tendenz bemerkbar, die Preise in Gold zu steigern. So stieg der Preis für Weizen in der Zeit vom 26. Oktober bis zum 5. November von 155 auf 210 Goldmark und der für Roggen von 141 auf 201,5 Goldmark. Der Friedenspreis betrug 215 bzw. 182 Mark. In der gleichen Zeit stieg der Preis für 100 Kg. Weizenmehl von 25 auf 32,75 Goldmark und der Preis für Roggenmehl von 25 auf 30,25 Goldmark an. Die deutschen Preise weisen eine erhebliche Steigerung in Goldmark auf, während die Weltmarktpreise unverändert blieben und sogar nachlassende Tendenz infolge der günstigen Welternte aufweisen. Dazu kam, daß die deutschen Getreideexportanten die Papiermark völlig ablehnten. Wo sie doch in Zahlung genommen wird, verlangen sie einen erheblichen Aufschlag, der sich bis auf 100 Proz. beläuft. Die Landwirte und auch die Getreidegroßhändler, die Mühlen usw. konnten den Käufer betreiben, weil die deutsche Landwirte allgemein mit der Ernte zurückhält und der Mangel an Goldanleihestücken einer Preissteigerung an und für sich günstig ist. Eine große Rolle haben bei dieser völlig anomalen und standalösen Preisbildung auch die Einheitskurve der Reichsbank gespielt. Die Berliner Kurse lagen immer bedeutend unter den New Yorker Kursen. Die Differenz betrug z. B. am Sonntag ungefähr eine Billion Reichsmark für den Dollar. Obwohl nun die New Yorker Kurse rein akademischer Natur sind, weil in New York so gut wie gar kein Handel mit deutscher Reichsmark mehr betrieben wird, jedoch die New Yorker Börse am Montag die Markt-



# An das Deutsche Volk!

## Aufruf der Reichsregierung.

In schwerer Lage drohen dem Reiche innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlenmäßig starke Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungesegneten Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und vielleicht sogar die Brandfackel des Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen. Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit ganzer Kraft entgegenzutreten. Sie wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Wenn wir über die Zeit des Ueberganges zu der neuen wertbeständigen Währung, wenn wir über die Zeit schwerer Arbeits- und Erwerbslosigkeit, schwierigster Wirtschaftsverhältnisse und unerhörten außenpolitischen Druckes hinwegkommen sollen, dann ist Voraussetzung dafür:

Erhaltung der Reichseinheit und Ordnung und Sicherheit im Innern.

Jede Erleichterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschlands unerträgliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volke verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerfleischt. Bedenkt auch, wie eine Zerfleischung im Innern auf unsere Brüder an Rhein und Ruhr wirken müßte, die im schwersten Kampfe gegen bezahlte bewaffnete

separatistische Horden ihr Deutschtum verteidigen. Sie haben das Recht, zu erwarten, daß das ganze deutsche Volk ihren Kampf mitführt und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen ohne ein Ziel, das irgend eine Aussicht auf Besserung gibt. Sei man sich auch darüber klar, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, mit dem Augenblick endgültig geschwunden ist, in dem an Stelle einer verfassungsmäßigen Regierung irgend eine ungesegnete Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten sucht.

Die deutsche Regierung besitzt die Macht, um jedem Putz mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eide ihre Pflicht tun. Die Reichsregierung vertraut fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird.

Berlin, den 5. November 1923.

Der Reichspräsident:  
(gez.) Ebert.

Die Reichsregierung:  
(gez.) Dr. Stresemann.

## Eine Verordnung des Reichswehrministers.

### Gegen Beschimpfungen und Falschmeldungen.

Reichswehrminister Dr. Gessler hat folgende Verordnung erlassen: Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September 1923 sind der Reichswehr Aufgaben übertragen worden, die mehr als bisher das Interesse der Öffentlichkeit auf sie gelenkt haben. In sachlicher Form Kritik an dem Verhalten der Reichswehr zu üben, soll niemandem verweigert werden. Ich kann aber nicht erlauben, daß das letzte Machtmittel des Staates durch Beschimpfungen oder falsche und irreführende Darstellungen seines Verhaltens in der Öffentlichkeit herabgewürdigt wird. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September 1923 verbiete ich daher alle öffentlichen Beschimpfungen der Reichswehr sowie die öffentliche Verbreitung von unwarren Nachrichten, die geeignet sind, ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. September 1923 bestraft. Zeitungen, die solche Beschimpfungen oder Nachrichten enthalten, sind von dem zuständigen Inhaber der vollziehenden Gewalt auf mindestens drei Tage zu verbieten. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Da Graf Westarp in der Sonntagsausgabe der „Kreuzzeitung“ der Reichswehr unterstellt, sie sei nur den Befehlen einer deutschnationalen Regierung Folge, müßte die Verordnung des Reichswehrministers zum erstenmal auf die „Kreuzzeitung“ angewandt werden.

## Reichsbankausweis.

Nach dem Reichsbankausweis vom 23. Oktober hat sich der Banknotenumlauf um 401 000 Billionen gesteigert. Er beträgt 524 333 Billionen Mark gegen 123 345 Billionen am 15. Oktober. Die Kapitalanlage liegt nun 203 763 Billionen auf 836 692 Billionen Mark. Die Schatzanweisungen erhöht sich allein um 510 400 auf 678 180 Billionen und die Wechselbestände um 123 284 auf 152 896 Billionen Mark. Der Goldbestand hat zugenommen und beträgt 476 026 000 gegen 444 000 000 Mark in der Vormoche.

## Die sozialdemokratische Opposition beginnt.

Der Vorkongress des Reichstages befaßt sich am Montag mit dem Wiederzusammentritt des Plenums. Die Reichsregierung erachtet mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage und die Konstitution des Kabinetts, den Zusammentritt des Reichstages noch einige Tage hinauszuschieben. Die Vertreter des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei erklären sich damit einverstanden. Genosse Hermann Müller erklärte für die Sozialdemokratie, daß der Reichstag bald einberufen werden müsse. Er verlangte jedoch den Ernst der augenblicklichen innenpolitischen Lage nicht und betonte, daß die Sozialdemokratie sich verhalte, die sofortige Einberufung des Reichstages jeden Tag zu verlangen, wenn die Reichsregierung nicht umgehend die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Staatsautorität gegenüber Bayern und zur Abwehr des drohenden Reichsputzsches ergreife.

## Am Donnerstag beginnt der Rechtsputzsch?

Der Reichstagsler hat, wie wir erfahren, zuverlässig die Mitteilung erhalten, daß der Putzsch der Geheimbünde am Donnerstag in Szene gesetzt werden soll. Zuerst war der Dienstag als Putztag geplant.

## Graf Westarp droht!

### Bayrische Vorläufe sind notwendig!

Der Graf Westarp, der das hungernde Volk bei vollen Egenen verzürnen lassen möchte, befaßt sich in der Wochenendausgabe der „Kreuzzeitung“ auch mit der Reichsregierung. Selbstverständlich erklärt er, daß ein ebenso wesentlicher wie unerlässlicher Schritt... die Sprengung der großen Koalition... durch die „Heine Koalition“ abgelehnt werden sollte, so wie Westarp schon im Voraus, daß weder die norddeutschen noch die bayrischen Reichstagsmitglieder irgendeiner Koalition das notwendige Bedenken entgegenbringen würden.

Es ist mit aller Bestimmtheit vorauszusagen und vorauszusetzen, daß Bayern eine auf die Heine Koalition sich stützende Regierung Stresemanns nicht die Hand zur Lösung des Konflikts bieten wird, weil auch Bayern zu ihr nicht das Vertrauen hat, das sie die Behauptung aus der Vorherrschschaft des Marxismus... Es verlohnt sich und verdient dieser Plan die größte

für die Einheit des Reiches. Darüber hinaus lagen gestern Nachrichten vor, die es wahrscheinlich erscheinen ließen, daß, wenn nicht alsbald eine wirklich dem Sozialismus gegenüber unabhängige Reichsregierung zustande kommt, aus Bayern Kräfte vorziehen werden, um in Sachsen und in Thüringen Ordnung zu schaffen. ... Darüber aber kann nach unserer Kenntnis der Dinge kein Zweifel sein, daß tatsächlich bayrische Vorstöße sich kaum werden verhindern lassen, wenn nicht bald eine den bayrischen Anschauungen gerecht werdende Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Reiche erfolgt, und daß der Plan des Herrn Dr. Stresemann, wie er oben besprochen ist, diese Gefahr nicht bannen wird. Im Zusammenhang damit muß ausgesprochen werden, daß auch aus den Kreisen der vaterländischen Verbände Norddeutschlands der neuen kleinen Koalition nicht das Vertrauen entgegengebracht werden wird, ohne das die Reichswehr nicht in der Lage ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung gegen die heftigsten Gefahren wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. ...

Das heißt also mit dürren Worten, die Reichswehr kann nichts unternehmen, ohne daß der deutschnational-sachsischen Ordnungsbreit ihr das nötige „Vertrauen“ einfließt. Das ist eine so unverschämte Unterstellung, daß die Reichswehr diesen Zweifel an ihrer Treue zur Republik sofort und öffentlich durch ihre Kommandeure zurückweisen müßte. Schweigen müßte als Zustimmung ausgelegt werden. Und weder Dr. Gessler noch General von Seeckt werden doch wohl der Westarpischen Unterstellung zustimmen wollen? Die verächtliche Drohung des deutschnationalen Feldes, der in der Revolutionszeit sozialdemokratische Volksbeauftragte um „freies Geleit“ anbettelte, jetzt aber „bayrische Vorstöße“ und ihre Unterstützung durch norddeutsche Reichstagsmitglieder als unvermeidbar hinstellt, wird aber auch denen zu denken geben, die bisher immer noch an eine friedliche Entwicklung der Dinge glauben möchten.

## Nach die „Landwirtschaft“ meldet sich.

Durch die schwerindustrielle „Telegraphen-Union“ wird eine Rundgebung „aus Landbaukreisen“ verbreitet, in der versichert wird, daß „man in der Landwirtschaft ganz Deutschlands mit größter Besorgnis der jüngsten Entwicklung der politischen Verhältnisse gegenübersteht“. Dann heißt es weiter:

„Die Landwirtschaft kann aus den bisher bekanntgewordenen Veränderungen der Reichsregierung keinen Systemwechsel anerkennen; im Gegenteil birgt die äußere Form des Austritts der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung die Gefahr in sich, daß die Reichsregierung das Wohlwollen der Sozialdemokratie nun mit noch erhabeneren Zugeländnissen an den Marxismus erkaufen muß. Die Tatsache, daß die Reichsregierung bis jetzt noch nicht den Anschluß an die deutschnationale Volkspartei gesucht hat, beweist, daß sie den entscheidenden Kurswechsel in nationaler und wirtschaftspolitischer Beziehung nicht wagt. Das deutsche Landvolk kann bei seiner deutschen Art Vertrauen nur zu solchen Führern haben, die den Mut einer klaren Entscheidung aufbringen. Das Mißtrauen gegen ein Weiterbestehen des bisherigen Systems der Kompromisse und inneren Unwahrscheinlichkeiten wird durch die letzten finanzpolitischen Entschlüsse des Reichskabinetts nur noch bestärkt. Der Versuch durch einen Beschluß der Reichsregierung die Papiermark wertlos zu machen, indem man sie in ein festes Verhältnis zur Goldanleihe zwingt, heißt ein Verbrechen an die verzweifelte Bevölkerung dar, das bei einem Weiterarbeiten der Notensprengung gar nicht erfüllt werden kann. Das Kabinett, das einem Finanzminister zustimmt, der jetzt noch glaubt, mit solchen sogenannten „kleinen Mitteln“ arbeiten zu können, statt staatsmännisch zu handeln, bemerkt der Landwirtschaft, daß es nicht die verhängnisvollen Wege des bisherigen Systems verlassen kann.“

## Die Aktion in Sachsen.

SPD. Dresden, 5. November.

Wie das Wehrkreiskommando Sachsen mitteilt, werden die zurzeit in der Gegend von Chemnitz, Zwickau und Werdau stehenden Truppen in den nächsten Tagen zum Teil von dort abtransportiert. Die Reichswehr wird über das gesamte Gebiet des Wehrkreises Sachsen zur Durchführung ihrer weiteren Aufgabe, die Ruhe und Ordnung auch in Zukunft anrechtzuerhalten, verteilt werden. Hierzu werden vier Gruppen neu gebildet: Gruppe 1 unter General Jellisch, Stabsquartier Dresden; Gruppe 2 unter General Freyer, Stabsquartier Leipzig; Gruppe 3 unter General Kraus, Stabsquartier Chemnitz; Gruppe 4 unter General Gumbert, Stabsquartier Zwickau-Grübnitz. Innerhalb des Reiches dieser vier Gruppen sollen die Kräfte so untergebracht werden, daß sie jederzeit bereit sind, dort Verwendung zu finden, wo die Behörden mit ihren örtlichen Polizeikräften zur Aufrechterhaltung und Sicherung der erlassenen Verfügungen sich nicht die notwendige Geltung zu verschaffen vermögen. Durch Verteilung von Kreisjahrgangs-Verbänden ist dafür Sorge getragen, daß die Reichswehr, wenn die Lage es erfordert, auch in Gegen-

den, die von ihrem Stabsquartier entfernt liegen, schnell verschieben werden kann. Die Gruppenbefehlshaber sollen im engen Einvernehmen mit den Zivilbehörden arbeiten. Dabei werden sie ihr besonderes Augenmerk darauf richten, die Elemente, die zum Nachteil für die ordnungsliebende Bevölkerung als Unruhestifter auftreten, festzunehmen, lebenswichtige Betriebe zu schützen und die Zuführung von Lebensmitteln für die Bevölkerung zu fördern und zu sichern.

## Der Streik der Zensur.

SPD. Dresden, 5. November. (Eig. Drahtber.)

General Müller, der sächsische Wehrkreiskommandeur, hat eine Verordnung erlassen, wonach „Nachrichten über den Gebrauch der Waffe von Seiten der Truppen in jedem Falle vor der Veröffentlichung der Prüfung der vorgelegten militärischen Kommandostellen unterliegen. Unter vorgelegte militärische Kommandostellen sind Bataillionsführer oder deren höhere Vorgesetzte zu verstehen, zu deren Verband die Mannschaften gehören, die von der Waffe Gebrauch gemacht haben.“ Zu dieser Anordnung der Zensur steht sich der Wehrkreiskommandeur veranlaßt, weil nach der Darstellung des Wehrkreiskommandos über die „Zusammenstöße der Reichswehr mit radikalen Teilen der Bevölkerung“ heftigste Berichte gegen die Reichswehr in der Presse, insbesondere in den kommunistischen Blättern, veröffentlicht worden seien. Diese Berichte seien eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

## Ruhr verbietet alles!

SPD. München, 5. November. (Eig. Drahtber.)

Mit Wirkung vom 3. November hat der Generalkommissar verfügt, daß der „Vorwärts“, der „Berliner Börsen-Courier“, das „Berliner Tageblatt“, die „Postische Zeitung“, die „S. 3. am Mittag“ sowie die „Frankfurter Zeitung“ im rechtsrheinischen Bayern weder feilgehalten, verkauft, verteilt, ausgestellt, angeschlagen oder sonstwie verbreitet werden dürfen. In dem zu diesem Verbot gegebenen Kommentar der „Bayerischen Staatszeitung“ heißt es: „Diese Verordnung ist veranlaßt worden durch die Art und Weise, wie in diesen Blättern gegen Bayern Stimmung zu machen versucht wird, indem sie die unglaublichen Eigenheiten erfinden und verbreiten und an den Personen des Generalkommissars und seiner Berater eine über alles Maß hinausgehende Kritik üben. Diese Hege war geeignet, die allgemeine Ruhe und Ordnung zu gefährden, sodaß die Anordnung einen Akt der Notwehr gegenüber einer verlegenen Berichterstattung darstellt.“ — Vielleicht gehen jetzt auch den bürgerlichen Republikanern die Augen auf.

## Der nebelhafte Diktator.

Die Reichsregierung gibt jetzt endlich offiziös die von uns veröffentlichten Tatsachen über die Rüstungen an der thüringisch-bayrischen Grenze zu. Sie bekämpft, daß im Koburger Bezirk illegale Truppen in Stärke von 6—10 000 Mann vorhanden sind. Nach ihren Beschreibungen scheint es sogar, daß General Ludendorff als treibender Faktor hinter der Bewegung der bayrischen Kaufverbände steht. Die Rechtsbewegung beschränkt sich nach halbamtlichen Mitteilungen nicht nur auf Bayern, sondern auch auf andere Landesteile, wie Pommern, Schlesien, Brandenburg usw. In einzelnen Landesteilen soll die Bewegung einen separatistischen Charakter tragen und von dem Rufe nach einer scharfen Rechtsdiktatur begleitet sein. Allerdings ist der Reichsregierung der Diktator noch nicht bekannt. Hoffentlich wartet sie nicht auf seinen Höflichkeitsbesuch, es könnte ihr sonst schlecht dabei gehen.

SPD. Weimar, 5. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Die Gerüchte über einen bereits erfolgten Uebertritt der irregulären Bänder auf das Gebiet des Freistaates Thüringen sind falsch. Im Verlauf des Montag wurde das Thüringische Staatsministerium aus allen Teilen des Reiches wiederholt über die Richtigkeit bzw. Unrichtigkeit der Gerüchte vor einem Uebertritt der irregulären Bänder befragt. Es scheint, daß es sich bei den Anfragern im wesentlichen um Vertreter von Rechtsorganisationen handelt, in deren Reihen allem Anschein nach augenblicklich eine gewisse Verwirrung über den Zeitpunkt des Loschlages vorherrscht.

Bis Montag nachmittag ist die angekündigte Reichswehr in Süd-Thüringen nicht eingetroffen. Die notwendigen Vorbereitungen für den Empfang sind für Dienstag vormittag getroffen. Die Landespolizei, die zurzeit die thüringische Grenze gegen Ueberfälle sichert, ist nicht übermäßig stark und dürfte kaum in der Lage sein, einen Vorstoß der Hitlerorganisationen aufzuhalten.

## Sonderbündlerangriff auf die Pfalz.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag sind Sonderbündler in Kaiserslautern eingedrungen. Eine Ueberwehr ist schwer, da die französische Besatzung die Ueberwachen schon vorher besetzt hat. Bisher sind das Bezirksamt und das Gebäude der „Freien Presse“ in die Hand der Separatisten gefallen, während das Rathaus noch gehalten wird. Es ist damit zu rechnen, daß die Sonderbündler versuchen werden, von Kaiserslautern aus ihre Bewegung auf die ganze Pfalz auszuweiten. Die Franzosen ebnen ihnen wie in der Rheinprovinz auch hier den Weg. So hat die Besatzungsbehörde in Speyer die öffentlichen Gebäude nach Abwehrmaßnahmen hin durchsuchen lassen. Ein Abwehrposten von acht Mann, der den Schutz des Postamts übernommen hatte, wurde abgeführt; die Drahterhauer, die zum Schutze gegen separatistische Ueberfälle um das Rathaus gezogen worden waren, mußten besetzt werden.

Die belgische Regierung scheint ihre Taktik den Sonderbündlern gegenüber zurzeit geändert zu haben. In Krefeld und Aachen wenigstens haben die belgischen Truppen für die Entfernung der Separatisten gesorgt und der belgische Oberkommissar betonte in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Agence Belge“ ausdrücklich, daß das auf Anweisung seiner Regierung hin geschehen sei. Nach dem amtlichen Bericht, der über die Unterredung veröffentlicht wird, sagte der Oberkommissar u. a.:

Es sei unzulässig gewesen, daß die belgische Partei für die bewaffneten Bänder, die sich des Rathauses bemächtigt, ergriffen. Die deutsche Polizei habe wie die belgische Gendarmerie den belgischen Militärbehörden unterstanden. Ein Nichteingreifen hätte bedeutet, daß die Belgier für die Unruhestifter Partei ergreifen, oder hätte zumindest den Anschein erweckt, daß sie von ihnen eingeschüchtert seien. Deshalb habe er die bewaffneten Bänder aufgefordert, die Stadt zu verlassen.

Hier wird also unzweifelhaft zugestanden, daß es sich bei dem Separatistenputz um „bewaffnete Bänder“ und „Unruhestifter“ handelt, gegen die nicht einzugeworfene Neutralitätsfrage bedeutet. Klarer kann man der Bewegung ihr Lobesurteil nicht sprechen. Die französische Regierung steht nunmehr mit ihrer Unternehmung der Vorschläge allein.



# An die Partei!

Parteilosen! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Mitglieder aus der Reichsregierung zurückgezogen, weil die bürgerlichen Mitglieder dieser Regierung nicht den ersten Willen hatten, die Reichsgewalt gegen die bayrischen Verfassungsbrücker und Meuterer durchzusetzen, und weil die Mehrheit der Reichsregierung sich weigerte, den militärischen Ausnahmezustand aufzuheben, für dessen Aufrechterhaltung selbst nach der Auffassung der Ministerpräsidenten der Länder kein Grund mehr vorlag.

Als die Sozialdemokratie im August sich zur Beteiligung an der großen Koalition entschloß, fand sie ein furchtbares Erbe vor.

Die Reichsfinanzen waren völlig zerrüttet, weil die Camo-Regierung der Finanzminister außenpolitisch keinerlei Erleichterung erreicht und die Kosten des Ruhrkampfes unter völliger Schonung der besitzenden Schichten aus der Notpresse bestritten hatte. Die Ausgaben des Reichshaushalts waren zu weniger als einem Prozent durch Steuern gedeckt. Das Volk war in einer Not, wie es sie nicht einmal in den schlimmsten Zeiten des Krieges zu erdulden hatte. Mangel an Lebensmitteln und Not an Zahlungsmitteln, Zunahme der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit trieben immer mehr breite Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und zahlreich Angehörige des Mittelstandes in hoffnungslose Verelendung.

In jenen Tagen der Not und Verzweiflung erklärte sich die Sozialdemokratische Partei bereit, an einer Regierung der großen Koalition mitzuwirken, die die Aufgabe haben sollte, durch Zusammenfassung aller zu einer friedlichen Weiterentwicklung bereiten Volksschichten den Ruhrkampf zu liquidieren, um damit die Voraussetzung zu schaffen für eine Vinderung der schier unerträglichen Lage der breiten Massen des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei ließ aber keinen Zweifel darüber, daß nach Abschluß der Ruhrkrise sofort alle Voraussetzungen für eine neue wertbeständige Währung geschaffen werden müßten. Für eine solche ist eine Sanierung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden erste Vorbedingung. Und diese wieder ist nicht möglich ohne eine brutale Steuerpolitik, die jene besitzenden Schichten geblühend belastet, die sich durch Förderung der Inflation bisher von wesentlichen Steuerleistungen freizumachen wußten.

Von einer solchen Wiederaufbaupolitik wollten aber führende Schichten der deutschen Schwerindustrie nichts wissen. Während sie im besetzten Gebiet mit einem französischen General über die Aufhebung des Achtstundentages verhandelten, legten ihre Vertrauensmänner in der Fraktion der Deutschen Volkspartei

Minen, um das Kabinett zu sprengen. Ihr erster Vorstoß wurde nur deshalb abgelehnt, weil die Sozialdemokratische Partei mit den zur Mitarbeit bereiten bürgerlichen Kreisen auch den letzten Versuch wagte, um endlich wieder stabile Verhältnisse herbeizuführen, an denen niemand ein größeres Interesse hat, als der lediglich auf Lohnbezug angewiesene Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Da kam den Kreisen, die auch jetzt noch glauben, sich den unvermeidlichen Opfern des Reiches entziehen zu können, die bayrische Regierung zu Hilfe, die diese Zeit der Not ausnützen will, um

partikularistische Sonderbestrebungen durchzusetzen. In diesem Bestreben schreite sie nicht davor zurück, die Verfassung des Reiches zu brechen und die Reichswehr zur Meuterei anzustiften.

Die sozialdemokratischen Reichsminister drängten zu einer klaren Entscheidung in der Ueberzeugung, daß das Reich gegen bayrische Staatsstreicher nicht ohnmächtig ist, wenn es nur will. Aber die bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung konnten sich zu keinem entschiedenen Entschluß aufraffen, während

gegen das republikanisch-sozialistische Sachien ein ganzes Meer in Bewegung gesetzt

wurde, weil angeblich dort Leben und Eigentum nicht so geschützt waren, wie das die Verfassung vorschreibt. Dabei sind unter dem furchtbaren Druck der Not in Sachsen nicht mehr Vergehen gegen Person und Eigentum festzustellen, als in den anderen Teilen des Reiches. Wer Leben und Eigentum besser schützen will, der muß der Not zu steuern suchen, der muß den Bedrückten helfen und das Geld dort wegsteuern, wo wertbeständige Sachgüter und Devisen die Grundlage einer gesicherten Existenz sind. Aber die Reichsregierung gegen Sachsen war auch deshalb politisch töricht, weil die Sozialdemokratische Partei Sachsens im Begriff war, ohne jeden Druck von außen das Regierungsbündnis mit den treulosen und verräterischen Kommunisten zu lösen. Wenn das Vorgehen gegen die sächsische Regierung nicht sofort zum Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister führte, so nur deshalb, weil die endgültige Entscheidung von der Reichstagsfraktion getroffen werden mußte.

Weil die bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung auch jetzt noch nicht den Entschluß faßten,

gegen die bayrischen ... aufzutreten, weil sie weiter behaupteten, ohne militärischen Ausnahmezustand nicht regieren zu können, mußte die sozialdemokratische Fraktion den Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister beschließen. Die Reichstagsfraktion war sich dabei voll bewußt, welche schweren Erschütterungen des Verfassuns, Lebens der deutschen Republik drohen, weil die Rechten von rechts und weil die Kommunisten von links dem demokratischen Deutschland den Todesstoß versetzen wollten.

Die Sozialdemokratische Partei wird, gestützt auf die breiten Massen des werttätigen Volkes, die Demokratie gegen jegliche Diktatur zu verteidigen wissen. Sie wird dem deutschen Volk den Boden der Republik erhalten, auf dem allein eine auswärtige Politik des Deutschen Reiches möglich ist. Sie wird außerhalb der Regierung mit ihrer ganzen Macht für eine Besserstellung der breiten Volksschichten eintreten und das zu erreichen suchen, was sie in der Regierung vergeblich gefordert hat.

Mehr als je gilt es, das Schlimmste abzuwehren: den drohenden Hungertod von ganzen Schichten des Volkes, deren Kinder und Greise heute schon kaum noch am Leben zu erhalten sind, während die gequälten Säuglinge der Agrarier ausreichend Lebensmittel zur Ernährung des deutschen Volkes in sich bergen.

In dem Kampf um die Existenz des deutschen Volkes wird die Sozialdemokratische Partei stets und gerne mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammenarbeiten. Sie lehnt aber ein Bündnis mit denen ab, die, wie die Kommunisten, nur auf die Zerkümmern der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ausgehen und die eben noch in einem sinnlosen Götze mehr als hundert Proletariatsleichen auf dem Pflaster Hamburgs liegen liegen.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 6. November. Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	3. November.	1. November.
Amsterdam 1 fl.	164 588 000 000	51 870 000 000
Brüssel (Antwerpen) 1 Fr.	20 948 000 000	6 888 000 000
Kristiania 1 Kr.	68 441 000 000	19 950 000 000
Kopenhagen 1 Kr.	78 017 000 000	22 948 000 000
Stockholm 1 Kr.	112 119 000 000	35 812 000 000
Helsingfors 1 finn. Mk.	11 372 000 000	3 591 000 000
Rom 1 Lire	18 953 000 000	6 005 000 000
London 1 £	1 895 250 000 000	598 500 000 000
Newyork 1 Dollar	418 950 000 000	129 675 000 000
Paris 1 Frs.	24 339 000 000	7 840 000 000
Zürich 1 Frs.	75 411 000 000	23 741 000 000
Madrid 1 Pesetas	56 439 000 000	17 756 000 000
Wien 100 Kr.	5 985 000 000	1 885 000 000
Prag 1 Kr.	12 469 000 000	3 950 000 000
Budapest 1 Kr.	22 942 000 000	7 480 000 000

Schwere Zeiten stehen uns bevor. Wenn es den rechtsradikalen Elementen gelänge, die Herrschaft des Reiches an sich zu reißen, so würde ihre Herrschaft sicher nur von kurzer Dauer sein, aber unlagbares Elend wäre die Folge. Das Deutsche Reich hält solche Experimente nicht mehr aus. Herrschaft der Rechtsradikalen bringt die

Gefahr des Reichszerfalls in unmittelbare Nähe. Der Reichszerfall kann nur verhindert werden, wenn die Partei, die seit ihrer Gründung auf dem Boden republikanischer Grundsätze steht, in ihrer vollen Stärke erhalten bleibt.

Deshalb muß die Partei für alle notleidenden Schichten in Stadt und Land sein: Haltet treu zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, deren Einigkeit und Geschlossenheit die stärkste Garantie bietet für die Erhaltung der deutschen Republik, des einzig möglichen Kampfbodens für den Sozialismus!

Berlin, den 3. November 1923.

## Der Parteivorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Internationale Solidarität.

Hilfsaktionen für die Arbeiterchaft Deutschlands. Angeichts der furchtbaren Notlage der arbeitenden Klassen in Deutschland hat ebenso wie zur Zeit der Ruhrbesetzung in verschiedenen Ländern eine Bewegung zugunsten der Unterstützung der notleidenden Bevölkerung Deutschlands eingesetzt. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat gestern einen Aufruf veröffentlicht, in dem er zur weitgehenden Unterstützung der Klassenangehörigen in Deutschland auffordert und die bisherigen Maßnahmen der Gewerkschaften und der Partei Deutschlands darlegt. Die Gewerkschaftskommission Österreichs — heißt es in dem Aufruf — hat schon vor einigen Wochen eine Hilfsaktion für das proletarische Deutschland organisiert. Jeder Zentralverein unserer Gewerkschaften ist mit seiner Bruderorganisation in Deutschland in Verbindung getreten und hat nach Kräften Unterstützung nach Deutschland geschickt. Ebenso hat sich der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie mit dem der deutschen in Verbindung gesetzt. Diese solidarische Hilfsaktion wird in denselben Formen wie bisher weitergeführt werden. Die Hilfe soll nicht gelehrt werden durch große Worte, sondern, innerhalb der Grenzen unserer Möglichkeiten, durch wirksame Tat. Daher haben unsere Organisationen bisher auch in der Öffentlichkeit über das, was sie leisten, nicht gesprochen.

Gleichzeitig veröffentlichten auch Partei und Gewerkschaften in der Tschechoslowakei einen Aufruf, in dem sie das Treiben der deutschen Konterrevolution brandmarken und auf die furchtbare politische und wirtschaftliche Not in Deutschland hinweisen. Es sei in diesen Tagen der Not unbedingte Pflicht, dem Proletariat Deutschlands zu helfen.

Unsere Organisationen und Gewerkschaften sind bereits daran, den schwer heimgesuchten Klassenangehörigen und Genossinnen in Deutschland beizustehen. Die im Deutschen Gewerkschaftsbunde der Tschechoslowakei vereinigten Verbände haben ihren Bruderverbänden bereits Hilfe zugesichert und geleistet. Das gleiche hat die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei unseres Landes getan. In den nächsten Tagen werden die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen die notwendigen Vorschläge erhalten, auf welche Art die fernere Unterstützung unserer deutschen Bruderorganisationen zu organisieren ist.

Voll tiefer Genugtuung vernimmt die deutsche Arbeiterklasse die Stimmen der Freunde und Klassenangehörigen aus den anderen Ländern. Diese Kundgebungen und Aktionen werden ihr Mut und Ausdauer einflößen in den schweren Kämpfen, die sie jetzt zu führen hat.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Fremdsprachen und Korrespondenz Hermann Bauer; für Internat. Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

## Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens. Von Leon Frapic.

27. Fortsetzung. Das Wasser stieß ihr keine Furcht ein: sie sah sich, ohne zu erschrecken, starr, langgestreckt, mit geschlossenen Augen, die Arme fest am Körper, geheimnisvoll dahintreiben. Wohl hätte sie gern die Morgue vermieden, dieses letzte Bureau des Nachweises, wo die jungen, unglücklichen Dienstmädchen mit lebenden Haaren, schwarzen, mit Nadeln zusammengeheften Blusen und dem festgeschlossenen Mund, der das Geheimnis ihres Namens bewahrte, der Reugier der Pariser einen letzten Dienst erwiesen.

Gegrüßt seist du Marie, Voller Schlamm ... Aber die Vorrichtung sollte eingreifen. Frau Coqueho, die Vorzeigung der Dienstmädchen, stieß auf Sulette und legte sich ins Mittel.

Sulette kam auf die Place Saint-Michel, als jemand sie am Arme faßte und lebhaft auf sie einredete: „Was denn? Was denn? Mein armes Mädel, wo laufen Sie denn bloß hin?“

Und vor Erschauern ließ Frau Coqueho ihre große schwarze Tasche herunterfallen. „Aber das ist ja Sulette! Ich beobachtete Sie momentan, ohne Sie zu erkennen. Wie sonderbar: auf zehn, auf zwanzig Meter witterte ich einen Unglücklichen, der ins Wasser springen wollte! Und in diesem Quartier Latin, da gehen Sie an Gelehrten vorbei, an Studenten, Leuten, die nützlicher Aufopferungen, edler Launen wohl fähig sind — und an einer Masse Männer, die nach den Weibern schauen —, und nicht einer hat Sie bemerkt, nicht einer gefühlt, was ich sofort von weitem erkannt habe ... denn schließlich kriegt man einen Menschen, der das Schicksal des Lebens räumen will, unter hunderttausend heraus!“

Sulette sah sie stumpfsinnig, ohne etwas zu verstehen, an. Frau Coqueho drängte sie gegen einen Laden und faßte sie an der Schulter: „Was ist denn los, meine arme Sulette! ... Es ist zu spät, das Wasser kann Ihnen nicht mehr helfen ... und mit zwanzig Jahren nimmt man sich das Leben nicht! ... Wenn man bedenkt, daß Sie gehört haben, wie ich so und so viele Male bald der, bald jener meine unehrbaren Willen angeboten habe! Ach, über die naiven Menschen! Ein Glück, daß es nicht viele wie Sie gibt! Aber ohne meine Willen, armes Mädel, könnte man in Paris wegen der schwangeren Dienstmädchen sich nicht durchdrängen!“

Sulette stammelte Worte ohne Zusammenhang: sie hatte sich nicht erinnert.

Frau Coqueho schwang ihre schwarze Tasche: „Sie haben meine neue Adresse nicht? Ich begreife es, denn ich ziehe ziemlich häufig um, aus Gründen der Bekendtheit ... ich mag nicht, daß die Nachbarn sich zu sehr mit mir beschäftigen. Aber Sie müssen da hinunter gehen, nach der Avenue des Gobelins, und bei Virginie, der Frau von Fumeron, nachfragen: sie weiß immer wohin man an mich vertrauliche Mitteilungen adressieren kann ... Aber so ein Unglück! Daß Sie in einem solchen Zustand gekommen sind!“

Die sensible Dame zerbrach eine Träne und glättete ihre Schmachttasche: „Sie werden mir die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß ich hartnäckige Anstrengungen gemacht habe, um Sie vor der klassischen Schädigung, durch den Sohn des Hauses“ zu schützen ... ich fühlte es ... das war ausgemacht ... eine mit Ehrgeiz, ein Mädchen mit Ideen wie Sie ... bei Gott! Nicht das Trostwort war für Sie eine Gefahr ... Ach mein Gott! Daß ich Sie so mißbrauchen habe lassen! ... Wenn man bedenkt, daß einige meiner Schützlinge, seit mehreren Monaten bei alten Herren placiert, noch fast unberührt sind! Auf Ehrenwort! Sie könnten sich nahezu als Jungfrauen bei Anwendung einiger zusammenziehender Mittel verheiraten!“

Sulette schüttelte den Kopf, sie wartete, ohne zu wissen, worauf. Frau Coqueho zog sie am Arme fort: „Je älter ich werde, um so mehr merke ich, daß ich andern von Nutzen bin. Die jungen Dienstmädchen haben absolut erfahrenen Rat nötig, ich kann es nicht oft genug wiederholen. Sie wollen lücheln, Sie müssen lücheln, hören Sie wenigstens auf die Stimme der Vernunft!“

Die würdige Matrone ließ den schwarzen Federbusch ihres Huttes über der Straße hin und her schwanen. In der Nähe der Place Saint-Michel, im verdächtigsten Winkel der Rue Gile-Coeur, ging sie auf ein Hotel garni zu, das absichtlich schwach erleuchtet war. Wie zufällig konnte man sie an diesem Ort sehr gut und willigte ein, Sulette ohne irgendein Entgelt für die Nacht aufzunehmen.

Nun langte Frau Coqueho ein Zweifrankstück vom Boden ihrer Tasche unter den Karten und Willen hervor und ließ die Verzweifelte schwören, indem sie die kleine Unterstüßung einhändigte, daß sie morgen früh nach Millerat, in ihr Dorf, heimkehren würde. Da! eine letzte Selbstaufopferung! Sie konnte den Geburtsort und mußte den Weg, um zu Fuß dahin zu gelangen! Das war nicht so weit: Paris verlassen Sie durch die Porte de Courbevoie, der Weg geht über Nanterre, Rueil, Saint-Germain, dann, nachdem Sie die Seine erreicht haben, führt er direkt nach Millerat.“

XXI.

Nach dem Weggang der Frau Coqueho wurde Sulette nach der ersten Etage des Hotels in eine ganz simple Kammer mit

einem Bett, welche in auffallender Weise von einer Gasampel erleuchtet war, geführt. Eine hübsche, ziemlich gut gekleidete Blondine, die erwartungsvoll und nachdenklich dreinschaute, saß vor einem Tischchen: ohne Zweifel hatte man ihr die Ankunft Sulettes mitgeteilt.

„Sie müssen sich zu zweit einrichten“, sagte die Wirtin, „weil die andern Kammern heute abend besetzt sind.“ Sie fügte im Selbstgespräch, im Ton der Ueberzeugung und mit stark in Anspruch genommener Geschäftsmiene hinzu: „Wir haben schwüle Witterung, wer weiß, ob unsere Zimmer reichen.“

Schloß die Tür und entfernte sich. Die beiden Schlafgefährtkinnen tauschten Kopfschütteln und schwaches Lächeln miteinander aus, sie erkannten sich sofort als Kolleginnen des dienenden Standes.

Sulette trat an den Tisch und sagte, um sich zu entschuldigen: „Ich höre Sie recht.“ Das hübsche Mädchen entgegnete lebhaft: „Es ist mir lieber, an einem solchen Ort nicht allein zu sein ... aber legen Sie sich doch, Sie müssen sich bei Ihrem Zustand sehr matt fühlen!“

Sie hand auf, trat Sulette ihren Stahl ab und ging, um den Türriegel vorzuschieben. Ihre Stimme wurde geheimnisvoll: „Soviel ich sicher, ich bin zufrieden, daß Sie diese Nacht hier sind; wegen des Handels, den man in diesen verdächtigen Hotels mit den Dienstmädchen treibt.“

„Was denn für ein Handel?“ fragte Sulette. Das hübsche Mädchen zeigte auf die Gasampel: „Wenn das nichts zu bedeuten hätte! Sie merken wohl, daß eine herabsetzende Beleuchtung nicht unwertwegen da ist, nicht für die Person, welche den Raum bewohnt. In diesen verdäulichen Hotels ist die Kammer auf Humburg eingerichtet; da draußen ist ein Guckloch angebracht —, wissen Sie, wie bei Jahrmärkten, wo man durch so eine Art Operngucker Verbrechen und Unglücksfälle erblickt. Man sieht uns zu, wenn wir uns ausziehen, wachen, schlafen gehen. Wenn das bloß der Reugier verrätter, alter Kerle diene, oder das benutzen auch die Händler mit Menschenfleisch.“

„Ach!“ rief Sulette entsetzt hervor. Das hübsche Mädchen setzte sich und flüsterte ihr zu: „Ein junges Dienstmädchen, wenn sie kein häßliches Gesicht hat, ist immer eine Ware, deren man sich gern bemächtigt. Dann spekulieren sie durch das Opernglas die mehr oder weniger äppig entwickelten Formen aus und erwägen vor allem, ob es ein Mittel gibt oder nicht, ob es leicht oder schwierig wäre, ihr eine Falle zu stellen.“

(Fortsetzung folgt.)



# Billige Angebote

## unserer Abteilungen

Preise in Goldmark.

Preise in Goldmark.

Preise in Goldmark.

### Strümpfe.

Damen-Strumpf, engl. lang, gute Qualität..... Paar	0,46
Damen-Strumpf, engl. lang, Ia. feine Baumwolle verstärkt..... Paar	0,60
Damen-Strumpf, Restposten, feine Baumw. m. Seidengr. i. braun, Doppels. und Hochferse	0,75
Damen-Strumpf, Restposten, feine Baumwolle mit Seidengriff in grau, Doppels. u. Hochferse	0,95
Damen-Strumpf, engl. lang, Ia. feine Baumwolle, Doppelsohle und Hochferse..... Paar	1,10
Frauen-Strumpf, deutsch lang, Ia. gute Qualität..... Paar	0,60
Füßlinge, Ia. feine Baumwolle..... Paar	0,18
Herren-Schweißsocken, gute haltbare Qualität..... Paar	0,36
Herren-Kammgarn-Socken, Ia. gute Qualität..... Paar	0,70
Damen-Handschuh, Ia. Trikot mit weiß. Vorstoß..... Paar	1,—

### Trikotagen

Herren-Normalhemd, Ia wollgemischt.....	2,95
Herren-Einsatzhemden, Ia makofarbig.....	2,75
Damen-Hemdchen, 1/2 Arm, 2x2 gestrickt Ia feine Baumwolle.....	0,95
Damen-Korsettschoner, 2x2 gestrickt.....	0,55
Damen-Schlüpfer, 1x1 gestrickt, Ia. feine Baumwolle.....	1,70
Damen-Strickjacken, Ia. Kammgarn.....	8,—
Damen-Sportgarnitur, Jacke, Schal und Mütze, Ia. Zephir.....	14,—
Damen-Blusenschoner, Ia. reine Wolle, einfarbig.....	5,—
Damen-Blusenschoner, Ia. reine Wolle, gestreift.....	5,50
Damen-Überziehjackchen, fein gestreift, Ia. Wolle, in eleganter Ausführung.....	6,—
Damen-Jacke, reine Wolle, in eleganter Ausführung, Restposten.....	10,—
Damen-Jumper, Ia. Kammgarn, maschinengestrickt.....	5,—
Damen-Jumper, Ia. reine Wolle.....	12,—
Damen-Kimonos Ia. reine Wolle, einfarbig.....	4,—
Damen-Kimonos Ia. reine Wolle, weiß.....	3,50
Damen-Westen ohne Arm, Ia. Kammgarn verschiedene Dessins.....	3,—
Damen-Westen ohne Arm weißgrundig.....	1,80

### Seifen

Toilette-Seife, Ia. Fettseife Stück.....	0,08
Toilette-Seife, verschiedene Blumengerüche 75 Gramm.....	0,12
Bade-Seife, Ia. Fettseife 150 Gramm.....	0,28

### Damen-Konfektion

Mantel aus gemust. schwerem Mantelstoff, offen und geschlossen zu tragen.....	8,50
Mantel aus gemust. schwerem Mantelstoff offen und geschlossen zu tragen.....	9,50
Mantel aus einfarbigem Flauschstoff mit Gürtel.....	12,75
Mantel aus einfarbigem Flauschstoff in verschiedenen Farben.....	14,75
Bluse aus gestreiftem Hemdenflanell mit doppelter Manschette und Perlmutterknöpfen.....	2,75
Damenkleid aus bestem reinwollenen Cheviot.....	10,—
Damenkleid aus bestem reinwoll. Cheviot mit reicher Tressengarnitur.....	12,—
Kleiderrock aus praktischem braun. Wollstoff mit Biesen und Stepperei.....	3,50
Kleiderrock aus gestreiftem Winterstoff.....	4,75
Kleiderrock aus blauem reinwoll. Cheviot mit Falten und Stepperei.....	6,50

### Schuhwaren

Damen-Haibschuhe, Roßcheveau m. Lackkappen, halbh. Abs., mod. Form, gutes Fabrikat.....	7,75
Damen-Haibschuhe, Boxkalf, moderne Form, halbhoher Absatz, bestes Fabrikat.....	10,50
Damen-Stiefel, Roßcheveau, moderne und vorzügliche Paßform.....	7,50
Damen-Kamelhaar-Umschlagschuhe, Filz- u. Ledersohle, guter warmer Winterschuh.....	2,75
Damen-Filz-Niedertreter mit Kordelsohle, verschiedene Farben.....	1,70
Herren-Stiefel in kräftiger Ausführung, genagelter Unterboden.....	8,50
Herren-Kamelhaar-Hausschuhe, Filz- und Ledersohle, kräftige Ware.....	3,25
Kinder-Kamelhaar-Schnallenstiefel, Filz- und Ledersohle..... Gr. 25-30.....	3,—
Damen-Spangenschuhe, besonders kräftige Ausführung, genagelter Unterboden.....	3,25
Damen-Gamaschen, extra hoch, mit Lederborte, verschied. neue mod. Farben, eleg. Ausführg.	4,50

### Spitzen

Zwirn-Spitzen, ca. 2 cm breit, schöne Muster.....	0,03
Zwirn-Spitzen, ca. 4 cm breit Meter.....	0,08
Zwirn-Spitzen, ca. 8 cm breit Meter.....	0,15
Klöppel-Spitzen mit passenden Einsätzen, ca. 7 cm breit.....	0,26

### Mund- und Zahnpflege

Zahnpasta „Nivodont“, Pfefferminz-Geschmack.....	0,07
Zahnbürsten, prima Borsten Stück.....	0,15
Kopfwasser „Portugal“, starkspiritus-haltig.....	0,45

### Herren-Konfektion

Herren-Anzüge in guter Verarbeitung aus äußerst haltbaren Donegalstoffen.....	19,—
Burschen-Anzüge mit aufgesetzten Taschen auf prima Wollserge gefüttert.....	24,—
Herren-Anzüge blau, I- und II-reihig, gute Paßform in allen Größen.....	29,—
Jünglings-Anzüge gute Stoffqualität u. beste Ausführung.....	37,—
Herren-Anzüge aus reinwoll. Cheviot, äußerst strapazierfähige Ware.....	44,—
Herren-Winter-Ulster moderne Form mit angewebtem Futter.....	32,—
Herren-Winter-Ulster I-reihig, mod. Fischgrätmuster mit Rückengurt und Falte.....	36,—
Herren-Winter-Schlüpfer aus gut. Material in mittleren Farbtönen.....	40,—
Herren-Winter-Raglan mit angewebtem Futter.....	44,—
Herren-Winter-Ulster hervorragend. guter Sitz, neueste Form, Ersatz für Maß.....	48,—
Herren-Gummimantel offen u. geschlossen zu tragen, genäht u. geklebt, bestes Fabrikat.....	23,—
Herren-Hosen gestreift. Pilot, besond. kräft. Ware.....	4,50
Herren-Hosen aus haltbaren Stoffen in hübschen Streifen.....	8,50 3,95
Herren-Hosen Militärtuch u. kräftiger Tirtaystoff.....	8,— 5,50
Herren-Breecheshosen aus guten Donegalstoffen in vielen Dessins.....	6,50 5,25
Herren-Westen in verschied. dunklen Mustern.....	2,95

### Herren-Artikel

Sporthemd, Ia. Perkal u. Zephir, mit 1 Kragen, Restposten.....	5,—
Oberhemd, mit einem weichen und einem gestärkten Kragen, moderne Streifen.....	7,—
Oberhemd, Ia. Zephir, mit einem steifen und einem weichen Kragen.....	8,—
Sportkragen, Ia. Rips.....	0,15
Ein Posten Strickbinder, moderne Streifen.....	0,20

### Korsette

Korsette aus gutem grau Drell.....	1,20
Reform-Korsette ohne Träger, aus gutem Drell.....	2,—
Büstenhalter aus gutem Hemdentuch.....	0,75

### Damen-Hüte

Schwarze Haarfilzhüte in modernst. Form mit Seidenband-Garnitur.....	4,— 4,50
--	----------

### Mantel-Stoffe

Mantelflausch, 130 cm breit, solide Qualität in verschiedenen Farben.....	3,—
---	-----

Rudolph

# Karstadt

Akt.-Ges.



### Beitragsmarken

für Vereine und Gewerkschaften

fertig an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung  
Anbiedererei Friedr. Meyers & Co

### Felle — Haare

kaufen höchstzahlend  
Gebr. Wagner, Felle-Spezialgeschäft (8091)  
Dankwartstraße 26, Hofgarten 8. Tel. 3414.

Einmalige Vergünstigung

## Kolosseum

Morgen Mittwoch: 8090  
**Gr. Ball.**

Kassenscheine 5 1/2 Uhr  
Joh. und R. Mittag.

### Trocadero.

Schüsselstr. 4. F. 787  
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
Gänzlich freie Konzerte.

### Luisenlust.

Jeden Freitag: **Dr. Tanzkränzchen.**

**Deutscher Bauwerksbund.**

(8100)  
Mittglieder-Versammlung  
am Mittwoch, 7. Novbr.  
abends 7 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.  
**Urabstimmung.**  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungssitzelle Lübeck 8103  
**Arbeitsgemeinschaft.**  
Versammlung  
am Mittwoch, 7. Novbr.  
abends 7 1/2 Uhr.  
im Gewerkschaftshaus.  
Die Ortsverwaltung.

### Hansa-Theater.

Täglich präzise 7 1/2 Uhr:  
Sallyp. Margret Wagner  
Der durchschlagende Erfolg (8107)

**Die schöne Rivalin.**  
Operette in 3 Akten  
von Linné.

### Stadttheater Lübeck.

Mittwoch, 7.30 Uhr:  
Amphitryon.  
Donnerstag, 7.30 Uhr:  
Tiefenland. (8098)  
Einführung der Abon-  
namenten an der Theater-  
kasse.



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 6. November.

### Tobias' Nachfolger: Lukas.

Tobias Stillvergnügt ist entschwinden. Sang- und Klanglos hat dieser harmlose Tröster ausgedörrter alter Jungfrauen und nicht abgeholter Tanten die seligen Gefilde naiter General-Anzeiger-Kultur verlassen.

Selbstverständlich klappte nach seinem Abgang eine fühlbare geistige Lücke. (In der Wüste der Sahara ist schon der kleinste Wassertropfen eine Fata Morgana.) Diese Lücke mußte wieder ausgefüllt werden. Unter allen Umständen! Tobias brauchte einen Nachfolger. Für die ausgedörrten Jungfrauen und die immer noch nicht abgeholten Tanten.

Und plötzlich war er da. Mit dem wilden Botschaftsgerausch auf die Bühne springenden Harlekins eröffnete er seine erste Sonntagsandacht: *Hau den Lukas!*

Bitte schön! Er meinte nicht den frommen Lukas aus dem Evangelium (den beschwor ein Pastor auf der nächsten Seite; damit die General-Anzeiger-Mischung fertig war). Er meinte jenen unfrommen Lukas, der auf Volksfesten mustelkräftige Männer zu edler Tat begeistert und bei dem Hundschlag verboten ist. Was aus einem zahmen Zeitungsmann alles werden kann!

Ein Volksfestlucas! Denn ihr mögt es glauben oder nicht: mit dem vielgeplagten Männchen, das am Ende der Stange tanzt und knallt, meinte er sich! Endlich ist uns Aufklärung geworden, woher dieser Nachfolger des Tobias seine leidende Miene hat. Wer sich als Volksfestlucas fühlt und von allen Seiten gehauen und beknallt wird, der mußte allmählich die Botschaft des berühmten Christus von Gies bekommen, des vielgelächterten Kreuzifixus im Dom.

Lukas A.—es neueste Beschäftigung. Sonntagsbetrachtungen! Aus der Vogelschau! Sei es als hochgestellter Lukas, sei es als aufgehängter Gieschristus. Immer fünf Meter über den Erdboden. Selbstverständlich sind Betrachtungen aus dieser Höhe charakteristisch.

Was sieht man von oben zuerst? Die Zylinderhüte! Die Zylinderhüte der höchstgestellten Persönlichkeiten, der Senatoren. Demen ist die erste Betrachtung gewidmet. Von da schweifen die Augen des aufmerksamen Lukas nach unten. Bis zu den Höfen des Senats. Woher er ganz und gar vergißt, daß bei den sehr alten Herren dieses Kleingeldstück keine ausschlaggebende Rolle mehr spielt. Das einzig wichtige Ausrichtungswort ist in diesem Alter der Zylinderhut und die Wärmflasche.

Der hochgehängte Lukas — *Hau den Lukas!* — schweift weiter zur zweiten Betrachtung. Glühender wird sein Blick und spitziger — jetzt ist er wieder mehr das Konterfei des zusammengekrümperten Christus von Gies. Denn er ist in der Bürgerhaft und sieht Sozialdemokraten! Aber vergeblich wartet Da auf einen Witz. Um über ein Parlament wichtige Bemerkungen zu machen, muß man von Parlamentarismus eine kleine Ahnung haben. Jedenfalls genügt ein bißchen: *Hau den Lukas!* dazu noch nicht. „August den Starcken“ zitiieren kann jeder! Denn der Witz ist reichlich alljährlich. Und schon rasselte aus der Weltgeschichte die Retourkutsche: Maximilian, der letzte Ritter! (Von Garibaldis wilder verwogener Schar, die noch in Sonderburg mit Ängel und Bajonett Aufsehen erregte.)

Über schließlich klettert der blasse Christus von seinem hohen Gerüste — zur dritten Betrachtung — und sieht sich tiefer: auf einen Misthaufen. Dabei stellt er fest, daß Mist weder im Gebrauch noch im Geruch mit dem Alter besser wird. Er bringt diese Weisheit (die noch nicht einmal stimmt) in sehr enge Beziehung zum Mistrauensvotum für den Senat; nicht etwa zum Senat selbst!

Wie lange unser guter Ritter von der traurigen Gestalt auf seinem Misthaufen sitzen bleiben will, ist noch unbekannt. Schlecht aufgehoben ist er da nicht. Seiner bekannten Beschäftigung kann er da besser nachgehen als an jedem andern Ort.

Und wenn er seine ermüdete (ich meine das nur bildlich) Vaterstadt an einen Dollartönig verschachern will, so wird man das verstehen. Monarchien sind warm und bequem wie Misthaufen! Viele Geschöpfe aus Gottes Tierpark lieben solchen Zustand sehr. Nur muß man den künftigen Potentaten richtig aussuchen. Denn es wäre doch sehr schlimm, wenn Lukas aufs falsche Pferd setzte. Ich will ihm deshalb einen Tipp geben: Garibaldis amerikanischer und sehr valustastischer Enkelsohn Giuseppe Emanuele Garibaldi. Zgel.

**Volkswohnhüte.** In dieser Woche beginnen die angezeigten Kurse der Herren Braun, Schermer, Dr. Bura, Dr. Bieth, Dr. Leber, Prof. Döring, Prof. Stahl, Prof. Büttendorff und Warnke. Die Dichterafende der Büchereiverwaltung haben bereits begonnen, es werden aber auch für Einzelabende noch Teilnehmer angenommen. Den an naturwissenschaftlichen Fragen Interessierten empfiehlt der Verwaltungsausschuß, sich auf den Kursus von Dr. Bura, der am Mittwoch 8½ Uhr in der Stadtbibliothek stattfindet, umschreiben zu lassen. Die Arbeitsgemeinschaften von Dr. Bieth, Dr. Bura und Prof. Döring werden in der Stadtbibliothek (Hundestraße) abgehalten, alle anderen in der öffentlichen Lesehalle (Mensstraße 28), sofern nicht im Einzelfalle anderweitiges bekannt gemacht ist; Näheres bringen darüber die Anschläge in den Büchereien.

**Die Goldmarkrechnung.** Das Rechnen mit der Papiermark hat die Kalkulationsmoral vieler Geschäfte völlig erschüttert. Beim Uebergang zur Goldmark wird die Ueberlegung der Preise, besonders der Unternehmerzuschläge, absolut offenbar. Vor uns liegt eine Rechnung der Firma *Mann & Mann* für Arbeiten, die ausgeführt wurden vom 13. bis 15. Oktober. Nach Angaben der Firma selbst betrug der Stundenlohn ihrer Monteure zu dieser Zeit 650 Millionen, bei einem Dollarkurs von 4 Milliarden 70 Goldpfennige. Die Firma aber berechnet eine Arbeitsstunde mit 228 Goldmark. Wir können ihre Angabe über den Arbeitslohn der Monteure im Augenblick nicht nachprüfen und wollen deshalb annehmen, daß sie richtig sind. Selbst in diesem günstigsten Falle beträgt der Unternehmerzuschlag 225 Prozent! Solch ein Zuschlag ist völlig ungerechtfertigt und maßlos übersteigt. Auch wenn er zehnmal vom Verband vorgezeichnet ist. Jedenfalls soll sich bei solchen Lieferungsbedingungen keine Firma wundern, wenn keine Aufträge eingehen.

**Krankenkasse und Ärzte.** Vom hiesigen Ärzteverein erhalten wir folgende Zuschrift: In der Nr. 247 des Lübecker Volksboten vom 22. 10. 23 ist ein vom Betriebsrat der hiesigen Ortskrankenkasse verfaßter Artikel erschienen zur Aufklärung über die Ursachen der schlechten finanziellen Lage der Kasse und insbesondere über das Mißverhältnis der hohen Beiträge zu den niedrigen Leistungen der Kasse. Dieser Artikel erfordert dringend eine Entgegnung und Richtigstellung. Es heißt in dem Artikel wörtlich: „... gegen die Kasse ihre Zahlungen an die Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Bandagisten usw. zum größten Teil wertlos ausgeben.“ Es werden dann einige Beispiele für die Leistungen...

gen der Kasse angeführt, u. a. für eine ärztliche Konsultation 553¼ Millionen, für einen Besuch des Arztes beim Kranken 1100 Millionen usw. Leider ist in dem Artikel nicht hinzugefügt, wenn die genannten Summen zur Auszahlung gelangen und welchen Wert sie dann noch besitzen. Die genannten Beträge galten für die Zeit vom 19.—25. Oktober; sie sind festgesetzt unter Zugrundelegung eines Grundpreises von 80 Bfg. für eine Beratung 1,60 Mk. für einen Besuch (vor dem Kriege 1 und 2 Mk.) nach dem Index, der dem Teuerungsstand vom 15. Oktober entsprach. Die Auszahlung der hiernach errechneten Arztgehälter erfolgt dann 6 Tage nach dem letzten Behandlungstag, am 31. Oktober, in Goldmark umgerechnet, betrug an diesem Tag dann eine Beratung 3,4 und ein Besuch 6,8 Goldpfennig. Da in der Woche vom 24.—31. Oktober der Dollar ziemlich gleich hoch stehen blieb, war in dieser Woche die Geldwertverteilung erheblich geringer als z. B. in der vorhergehenden Woche. Am 24. Oktober bekamen die Ärzte für die Zeit vom 12.—28. Oktober nach dem Teuerungsindex vom 8. Oktober (als wieder mit 160tägiger Geldwertverteilung) bezahlt für eine Beratung 87 280 000 Mk., das waren am Tage der Auszahlung 2½ Goldpfennig, für einen Besuch 1½ und für einen Nachtbesuch 2½ Goldpfennig. Ob dies eine „wertbeständige Auszahlung“ genannt werden kann, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Auch der Satz in dem Artikel „... dabei müssen die Beamten und Angestellten der Kasse nun schon monatelang zusehen, wie die Apotheker, Ärzte und sonstigen Lieferanten mit dem Gelde abziehen und sie selbst warten und hungern müssen“, muß ganz energig zurückgewiesen werden.

### Nun ist's genug!

Seitern gingen Gerüchte in der Stadt herum, daß das Brot heute 150 Milliarden kosten werde. Das ist zwar nicht der Fall, doch werden wir uns auf eine wesentliche Erhöhung des Brotpreises gefaßt machen müssen. Denn was für Lübeck befürchtet wurde, ist in Berlin schon eingetreten. Dort mußten am Montag bereits 140 Milliarden bezahlt werden. Man faßt sich an den Kopf und fragt sich, woher dieser Preiswahn kommt, der für keinen Menschen mehr tragbar ist. Selbst der bestbezahlte Arbeiter mit einem Spitzenlohn von vielleicht 700 Milliarden ist da gleich am Ende, wenn er für seine Familie einige Brote gekauft hat. Und man braucht kein Rechenkünstler zu sein, um herauszufinden, was davon etwa noch übrig bleibt für Kartoffeln und Margarine. Die Preis- und Lohnfrage ist heute so akut wie je zuvor. Sollen wir Goldpreise bezahlen, müssen wir endlich goldwerte Löhne bekommen. Die Papiermilliarden, mit denen wir so unglücklich betrogen sind, würden wir den Unternehmern und der notleidenden Landwirtschaft gern schenken. Sie wollen sie nicht haben. Was wir gebrauchen, sind Lebensmittel, ist Brot in erster Linie, die Zahlungsmittel, um zum allernotwendigsten das Leben zu erwerben.

Wir wollen nicht bei vollen Scheunen hungern, wir wollen leben. Alles, was uns daran hindert, muß aus dem Wege geräumt werden. Und zwar so rasch wie möglich. Der Höhepunkt ist jetzt erreicht. Höher geht's nicht mehr!

Vor allem ist notwendig, daß man der Mehl- und Getreidespekulation an den Kragen geht. Wurden doch heute früh in Lübeck für einen Doppelzentner Mehl nicht weniger als 6 Billionen Mark gefordert und bis alle Unkosten dabei sind, kommt er auf 9 Billionen.

Die Zustände auf dem Mehlmarkt haben sich in den letzten Tagen katastrophal entwickelt. Abgesehen davon, daß die Goldgründpreise für das Mehl in der letzten Woche um nicht weniger als 40 Proz. erhöht worden sind, fordern die Mühlen und Händler von den Bäckern noch das Doppelte der amtlich notierten Mehlpreise, wenn die Bezahlung nicht in wertbeständigem Geld, sondern in Papiermark erfolgt. In Hamburg kostet das Normalbrot 138 Milliarden Mark und man rechnet bereits für die nächsten Tage mit einer weiteren starken Preiserhöhung, weil die Hamburger Bäckergehilfenlöhne auf Gold umgestellt werden sollen.

Aber das ist nicht die Schuld der hohen Brotpreise. Die Schuld ist, daß wir mit allen Warenpreisen über den Weltmarktpreis stehen und daß wir so viele Schmarozger am Volkspöpel haben, denen auf den Leib zu rücken, erste Pflicht der Regierung ist.

### Papiermark — Goldpfennig.

Es wird angefündigt, daß ab 10. November die Papiermark in ein festes Verhältnis zur Rentenmark gebracht werden soll. Niemand wird das mehr begrüssen, als der Verbraucher, insbesondere die Hausfrau. Man darf sich aber nicht dem Glauben hingeben, daß wir nun auch wieder die gleichen Preise in Goldpfennigen bekommen, wie vor dem Kriege. Die Weltmarktpreise für bekannte Artikel haben eine Erhöhung von 50 Prozent und darüber erfahren. Selbstverständlich sprechen auch andere Gründe für eine Erhöhung der Preise. Da die letzten Warenverteilungsstellen — Konsumvereine und Kleinhändler — sich nun auch auf Goldpreise eingestellt haben, ist es interessant, einige Vergleiche zu ziehen, umso mehr als auch die Lohnempfänger diese Umstellung auf sogenannte Goldlöhne teils eingeführt haben und noch anstreben.

Es kosteten:

	1. Juli 1914	1. Juli 1915	1. Novbr. 1916	5. Novbr. 1923
Schwarzbrot je Pfund	10½	18	17	17
Weizenmehl	17	25	25	21
Grüne Erbsen	15	50	40	25
Kornfrank	28	52	50	40
Pfefferkörner	22	34	55	18
Margarine	64	100	2—	66
Schmalz	80	170	—	100
Bruchpreis	14	44	—	17
Rudeln	30	52	54	30
Zucker	22	28	30	25
Gier	8	14	23	9
Salz	10	11	11	5

Die Goldpreise werden für verschiedene Artikel sicher noch starken Schwankungen ausgesetzt sein, bis die Preise ungefähr in einem gleichen Verhältnis zu einander stehen, wie 1914.

Die Einführung der Goldrechnung kann sicher nur begrüßt werden, da sie geeignet ist, eine bessere Uebersicht über die Preisbildung zu schaffen. Selbstverständlich darf nicht verkannt werden, daß die Lohnempfänger bei der bisherigen Festsetzung des Lohnes stets zu kurz gekommen sind. Es ging ihnen in dieser Beziehung ähnlich wie den Konsumvereinen und den Kleinhändlern gegenüber ihren Lieferanten, die sich schon lange auf rasche Anpassung an die Geldwertverteilung eingestellt hatten. Nachdem nun das vorletzte Glied unseres Wirtschaftslebens aus dem Währungsseleud die notwendigen Folgerungen gezogen hat, muß auch der Arbeiter die Möglichkeit bekommen sich hinsichtlich seiner Entlohnung rasch anzupassen. Die Lebensmittelpreise bilden hierfür sicher die beste Grundlage. Man sollte daher ähnlich wie in Hamburg einen einheitlichen Multiplikator einführen, der sich nach dem täglichen Stande unserer Mark richtet. Dieser Multiplikator könnte dann auch Anhalt für die Lohnberechnung bieten und vielleicht dazu führen, daß man wieder zu längeren Abrechnungsfristen kommt. Denn heute sind die Kassen der Betriebe durch die kurzen Abrechnungsfristen überlastet. Selbstverständlich werden Zahlungen weiter notwendig sein. Bis

wir einigermaßen feste Verhältnisse bekommen. Mit dem Finanzamt wird sich hinsichtlich des Steuerabzuges dann eine für beide Teile vorteilhafte Lösung finden lassen. Die Arbeiterschaft muß wieder krafft erhalten, sonst kommt unser Wirtschaftsleben ganz zum Erliegen. Die Einnahmen des Arbeiters müssen wieder in ein gesundes Verhältnis zu den von ihm erzeugten Werten kommen. Ein Bäckergehilfe erhielt vor dem Kriege als Entlohnung den Gegenwert für etwa 70 Brote. Borige Woche bekam er nur noch 9 Brote. Diese Beispiele zeigen sich zahlreich ergängen. Mit solchen Einnahmen kann der Arbeiter das Wirtschaftsleben nicht befruchten. Wollen wir Ruhe und Ordnung behalten, dann muß wenigstens das Gefühl herrschen, daß die Not von uns gleichmäßig getragen wird. Möge aber vor allen Dingen auch Ordnung auf dem Gebiete der Währung und Preisbildung einziehen. Man laßt teilweise über Ueberleistung der Arbeiter. Möge man zu einer gerechten Entlohnung zurückkehren, dann wird auch die Freude an der Arbeit steigen. Ich möchte allen Arbeitnehmern überhaupt allen Verbrauchern zurufen: Nehmt eure wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände, besonders die Lebensmittelverteilung. Haben wir die Verteilung reiflos in der Hand, werden wir auch auf die Warenherstellung den nötigen Einfluß gewinnen. Weniger Theorie und mehr Praxis muß die Lösung sein. Die Verbraucher bilden eine Großmacht. Mögen sie das erkennen und hiernach handeln.

H. Joh n.

### Für Krankenkassen-Mitglieder!

Unter dem 30. Oktober hat der Reichsfinanzminister auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mit sofortiger Inkraftsetzung eine längere Verordnung zur Sicherung der ärztlichen Versorgung bei den Krankenkassen erlassen. Die Verordnung umfaßt 29 Paragraphen. Allgemein interessieren dürfte in Mitgliederkreisen der § 25, der lautet:

Von den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel haben die Versicherten in allen Fällen 10 vom Hundert selbst zu tragen. Gefährden nach pflichtgemäßer Ueberzeugung des Kassenvorstandes die Ausgaben der Kasse für die in Absatz 1 genannten Leistungen die Leistungsfähigkeit der Kasse, so kann er beschließen, daß die Kassemitglieder die Kosten bis 20 vom Hundert selbst zu tragen haben. Auf Verlangen der Mehrheit der Versichertenvertreter im Ausschuss muß der Kassenvorstand den Beschluß aufheben.

### Lübecker Teuerungsziiffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menae einheitlich festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierwöchigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungsziiffer selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Indexziiffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel Prozent zuzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittelung vom 29. Oktober 1923 berechneten Teuerungsziiffern stellen sich folgendermaßen:

	Teuerungsziiffer in Milliarden Mark	Indexziiffer (1913/14 = 1) in Milliarden
Ernährung	6375,6	116,3
Beleuchtung	897,0	160,5
Wohnung	202,5	96,0
Bekleidung	38,3	2,1
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung	1531,9	115,3
mit	7513,4	93,3
mit	9045,3	96,4

Die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck sind gegenüber dem vorigen Montag (29. Oktober 1923) um 662,7 und gegen den letzten Donnerstag (1. November) um 493,5 Prozent gestiegen. Ohne die Bekleidungskosten beträgt die Steigerung 694,2 bzw. 495,7 Prozent. Die Ernährungskosten allein sind um 685,5, die Beleuchtungskosten um 527,9, die Brennstoffe um 334,1, die Wohnungsmiete um 530,8 und die Bekleidungskosten um 538,9 in die Höhe gegangen.

**Invalidenversicherung.** Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte gibt im Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe die ab 5. November 1923 geltenden Lohnklassen und Wochenbeiträge bekannt. Es wird dazu bemerkt, daß Anträge auf ausnahmsweise Abgabe von Beitragsmarken für Zeiten vom 1. Oktober bis 21. Oktober bzw. 22. Oktober bis 4. November 1923 zum damaligen Werte schriftlich unter Beifügung oder Ueberweisung der Geldwerte an die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Lübeck, zu richten sind, und zwar spätestens bis zum 11. November 1923. Nichtständige Beiträge für Zeiten vor dem 1. Oktober 1923 dürfen nur noch zu den in der heutigen Bekanntmachung festgesetzten Preisen verkauft werden.

**Ein Silbermark 35 Milliarden.** Der Ankauf von Reichsilbermarken durch die Reichsbank erfolgt vom 5. November ab bis auf weiteres zum 35milliardenfachen Betrage des Nennwertes. Die **Wapppreis-Nichtzahl** für Lübeck ist nach einer uns von der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 16 800 Millionen am 29. Oktober auf 70 Milliarden am 5. November gestiegen.

**Aus dem Polizeibericht.** Kürzlich suchten Diebe die Verkaufsbude zwischen der Buppen- und Holstenbrücke heim und stahlen dort eine große Menge Schokoladen, Bonbons und dergleichen. Als sie an die Kriminalpolizei stiftet werden sollten, waren sie dem Beamten das Diebesgut vor die Füße und entkamen, obwohl einige Schüsse auf sie abgegeben wurden. Der eine der Verbrecher konnte nunmehr in Person eines 22jährigen Bäckergehilfen aus Ravensbusch ermittelt werden, während sich sein Komplize, ein 22jähriger Arbeiter von hier im Krankenhaus befindet, wo er sich wegen Schußverletzung am Fuß in Behandlung gegeben hatte. — Durch Zertrümmern eines Seitenfensters sind aus einem Laden in der Wühlensstraße ein dreiteiliger Ofenschirm, ein Kohlentaster, eine Wringmaschine, eine Fleischhackmaschine, eine Reibmaschine und vier Sturmlaternen gestohlen worden. — Aus einem Schaufenster am Markt wurden drei Normalpfeifen gestohlen und aus dem Kontor eines Hauses in der Fischstraße u. a. 1000 Prall-Zigaretten. — Mittels Einbruches wurden aus dem verlassenen Stall eines Landmannes in Nieder-Büßau ein Muttereschaf und zwei Lämmer gestohlen.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Sozialdem. Verein, 10. Distrikt.** Donnerstag, d. 8. Novbr., abends 7½ Uhr in der St.-Lorenz-Mittelschule, Schwartauer Allee 44, Mitgl.-Versammlung. Redner: Gen. Dr. Leber.  
**Der Distriktsführer.** R. Maas.  
**Stadtheater.** Mittwoch: Uraufführung von Amphitryon nach Moliere von G. v. Kleff. Donnerstag: Tiefand.



# Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Verbot des Hamburger Echo. Das Hamburger Echo wurde vom Wehrkreis-Kommando auf 7 Tage verboten.

**Hamburg.** Goldlöhne für Hafenarbeiter und Bäcker. Zwischen den Vertretern des Hafenbetriebsvereins und den Beauftragten des Deutschen Verkehrsvereins und des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer wurde nachträglich der Zustimmung der beteiligten Organisationen, für die Zeit vom 4. November bis 18. November einschließlich, folgende Vereinbarung getroffen: 1. Der Lohn der Schauerleute wird mit 4,50 Goldmark = 1/2 des Friedenslohnes (5,40 Mk.) bemessen. Die Akkordlöhne werden nach dem Verhältnis von 1/2 des Friedenslohnes berechnet. Soweit es möglich ist, werden die Löhne in den verfügbaren auf Goldmark eingestellten wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt. Die Auszahlung des Restbetrages erfolgt in Papiermark. — Verinbarungen im Bäckergewerbe ergaben, daß für den 5. und 6. November 9,70 Goldmark gezahlt werden sollen. Vom 7. bis 13. November einschließlich sind für Bäcker und Transportarbeiter in der Spitze 29 Goldmark und für die Zeit vom 14. bis 20. November einschließlich 39 Goldmark zu zahlen.

**Hamburg.** Das Geschäft mit der Goldmark. Raun sind einige wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr gekommen, so melden sich auch schon die Händler des Geldmarktes, um auch hieraus ihre mühelosen Gewinne zu ziehen. Richtige Verwendung finden die wertbeständigen Zahlungsmittel nur dann, wenn sie unmittelbar zum Einkauf von Waren benutzt werden. Gerissene Schieber, die meistens den höheren Umrückungskurs schon kennen, drängen sich an die Arbeiter heran, um sie durch höhere Angebote zur Hergabe ihrer Hamburger Goldmark zu veranlassen. Die Goldmarkschieber halten sich unmittelbar vor den Lebensmittelgeschäften auf, um den Hausfrauen die wertbeständigen Zahlungsmittel, die dann nicht dem legitimen Handel, sondern der wilden Spekulation zugeleitet werden, abzulassen. Es sind aber nicht nur gewissenlose Händler und Spekulanten, die so Gewinne machen wollen, sondern auch große und alte Banken werfen sich auf das Geschäft mit der Goldmark.

**Bremen.** Neuer Reichstagsabgeordneter. Pastor Emil Felden ist zum Nachfolger des Reichstagsabgeordneten Gen.

Bubert, der zum Landrat in Guden ernannt wurde und demzufolge sein Mandat niedergelegt hatte, ernannt worden. Genosse Felden ist Pastor an der tiefsten Martinikirche. Bubert war bekanntlich der Nachfolger des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Genossen Weigand.

**Schmerin.** Hilttergarden gegen Zivilbevölkerung. Das Freie Wort schreibt: Am Sonntag abend gegen 10 Uhr überfielen neugegründete Schwarz-Wehr-Soldaten der Artillerie die Gäste auf Alexandrinenhöhe, angeblich um Rache zu üben. Sie umstellten das Tanglokal Alexandrinenhöhe, fielen ohne Anlaß mit Revolvern, Seitengewehren und Gummiknüppeln über die sich dort befindenden Gäste her, wodurch viele schwer verwundet wurden. Einem Besucher, Walter Groth, wurde ein Auge ausgehauen. Wie Bestien hausten diese Stinnesknechte. Ein Unteroffizier hatte das Kommando. Wie in Wild-West schoß man mit Pistolen auf die fliehenden Gäste. Es ist ein unerhörter Skandal, der sich abgespielt hat.

**Gütrow.** Was in Mecklenburg ein Menschenleben wert ist. Der Gutsbesitzer Lehndorfer in Sarjom hatte eines Morgens im Juni d. J. bemerkt, daß der Arbeiter Lindstaedt auf seinem Roggenfelde die Lehren mit der Hacke niederschlug. Hierüber geriet der Gutsbesitzer in Erregung und trat dem Uebeltäter scharf entgegen. Es entspann sich ein lauter Streit, in dessen Verlauf Lindstaedt eine drohende Haltung einnahm. Der Angeklagte riß seinen Drilling von der Schulter und gab auf seinen Gegner einen Schuß ab, der diesen zu den strecke. Die Schrote waren Lindstaedt aus nächster Nähe in den Unterleib gedrungen und hatten sofort eine Verletzung herbeigeführt. Die Leiche wurde von einigen Vorbewohnern auf der Landstraße gefunden. Die Leute bemerkten zu ihrem Entsetzen, daß aus der Weste des Toten Rauch aufstieg. Es stellte sich heraus, daß durch den so nahe abgegebenen Schuß der Anzug angebrannt war. Der Täter selbst hatte sich sofort der Polizei gestellt. Nach umfangreichen Voruntersuchungen hob der Staatsanwalt in Neu-Strelitz Klage wegen Körperverletzung mit Todeserfolg. Rechtsanwalt Walter Bahn-Berlin trat die Beweise dafür an, daß der Getötete durch aufreißende Reden in Versammlungen dazu veranlaßt worden war, die Ernte des Angeklagten zu beschädigen. Nach langer Verhandlung verurteilte die Geschworenen die Frage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und bejahten nur jahrlängige Tötung. Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis, mo-

von zwei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Das Urteil wurde von einem Teil der Zuhörer mit lautem Unwillen aufgenommen.

## Theater und Musik.

**Stadttheater.** „Die schöne Galathea“ von Franz von Suppé. „Brüderlein fein“ von Leo Fall. Am Sonntag gab es graziöse und humorvolle Kleinigkeiten, fehlte leider nur das geistige Band dieses bunten Abends, wenn es nicht die Abicht war, den Abend zu füllen. — Die Webergabe der „Schönen Galathea“, dieser kleinen Unübersichtlichkeit, gab doch das eine, das sie von einmal nötig braucht, nicht überall her: jenen mitreißenden Schmiss, ohne den solche Offenbachsade Gefahr läuft, ein wenig langweilig zu werden. Da hätte multifalisch manches noch leichter beschwingt sein können und die Bokornyische Reize hätte hinausgehobenheiten nicht vermieden. — Kräulein Gna Döhle bezauberte wieder durch ihre prächtige Stimme, durch ihre humorvolle Laune und nicht zuletzt durch ihr schmuckes Persönchen Auge, Ohr und Herz! Den Widwas miteme Herr Bokorny und hatte mit leichter, vielleicht allzu leichter Mühe die Lacher auf seiner Seite. Herr Sterne sang den Pygmalion, Fr. St. Studt den Gannmed. — Nun kam in sonderbarem Gegenjah ein süßlich-sentimentales Silberhochzeitstück. Der Komponist von Ferdinand Kaimunds halberlungenen Werken „Brüderlein fein, mußt mir ja nicht böse sein! Scheint die Sonne noch so schön, einmal muß sie untergehen!“ — also eine historische Persönlichkeit — schaut mit echt Wiener Nüchternheit und mit echten Theatertränen auf die eigene Jugendzeit, auf den Hochzeitstag zurück. Dazu hat Leo Fall eine ansprechende Musik geschrieben, der Walzer trifft vor allem die dämmerung-rührselige, ein wenig spießbürgerliche Stimmung. Das anspruchsvolle Werkchen kam hier zuletzt vor wenigen Jahren im Hansatheater zur Aufführung. — Jetzt war es allerlieblich herausstappt — eine von Johannes Schröder, Hamburg, auf brillante Maivität gestimmte Bühne, das von Herrn Bellä geleitete, vollbesetzte Orchester und Herr Kopp mit den Damen St. Studt und Bruhn gaben ein liebenswürdiges, mit freundlichem Beifall aufgenommenes Nüchterschen. — Das Ballett, dem Herr Stoffers zwei Brahms'sche Tänze schwingvoll dirigierte, mußte Lückenbüßer spielen und tat das mit Schönheit und Grazie. H.

### Amtlicher Teil

#### Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 82 vom 6. November 1923 enthält: (8108)  
Gebührenordnung des Statistischen Landesamtes. — Zweiter Nachtrag zu der Medizinalordnung vom 19. Juli 1899. — Fünftzehnter Nachtrag zur Rädtischen Ausführungsordnung vom 1. April 1919. — Bekanntmachung, betreffend Festsetzung des Ortslohns. — Verordnung über die Lagerung von Ammoniakpeter, von Natriumsulfat aus Ammoniakpeter mit Ammoniumsulfat oder Kaliumchlorid und von Gemengen aus Ammoniakpeter mit anderen Düngemitteln. — Festsetzung des Wertes der Sachbezüge.

#### Invalidenversicherung.

Zahlkassen und Wochenbeiträge ab 5. Nov. 23.

Bei einem Arbeitsverdienst bis			Wöchentlicher Beitrag
täglich	wöchentl.	monatl.	
Milliard.	Milliard.	Milliard.	Milliard.
32	250	1000	44
46	325	1400	45
66	480	2000	46
100	700	3000	47
130	920	4000	48
164	1150	5000	49
von mehr als			
164	1150	5000	50

Dem Arbeitsverdienst ist der Wert etwaiger Sachbezüge (Kohlen, Deputat usw.) nach der jeweiligen Bekanntmachung des Versicherungsamtes hinzuzurechnen. (8096)  
Lübeck, den 5. November 1923.  
Landesversicherungsanstalt der Hansestädte.

#### Bekanntmachung.

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Elterngeldempfänger erhalten eine Zwischenzahlung für erste und zweite Novemberwoche am:  
**Donnerstag, dem 8. November 1923**  
von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. und von 3-6 Uhr nachm.  
im:

**Verorgungsamt Lübeck, Fachsenburger Allee 31.**  
Für diese Barauszahlung kommen die **familiären Empfänger** in Frage, die ihre **Wohnung im inneren Bezirke** der Stadt Lübeck haben. Hierunter fallen also:  
1. diejenigen Empfänger, die ihre **Reute bisher vom Posthalter des Hauptpostamtes Lübeck** abgeholt haben,  
2. die **Banknoten- und Postcheckkonten-Inhaber** und  
3. diejenigen **Verorgungsberechtigten**, denen die **Verorgungsberechtigung bisher durch die Post ins Haus gebracht worden sind.**  
Die im **äußeren Bezirke** von Lübeck wohnenden Empfänger und diejenigen, die ihre **Verorgungsberechtigung durch die Postagenturen des Hauptpostamtes Lübeck** erhalten, bekommen die **erwartete Gehaltszahlung durch Postanweisung bezw. Postcheck** zugestellt. Desgleichen die **auswärts wohnenden Verorgungsberechtigten.**  
Die **Barauszahlung erfolgt nur gegen Vorzeigen der Stammsattelsausweise.** Lohnausfall kann nicht gezahlt werden.  
**Nicht am 8. 11. 1923** abgeholt Beträge werden im **Postcheckwege** zugestellt. Die hierdurch entstehende **Verzögerung** in der **Zahlung der Beträge** haben sich **dann die Verorgungsberechtigten selbst** zuguzurechnen.  
Lübeck, den 5. November 1923. (8113)  
Verorgungsamt.

#### Landabgabe.

Abgabepflichtige, die mit der Zahlung der am 1. November 1923 fälligen Landabgabe noch im Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert, umgehend die Zahlung zu leisten, widrigenfalls ohne weitere Mahnung die Zwangsvollstreckung eintritt. Durch Einlegung eines Rechtsmittels oder Stellung eines Stundungsantrages wird die Erhebung der Abgabe nicht aufgehalten.  
Lübeck, den 5. November 1923. (8105)  
Das Finanzamt.

#### Bekanntmachung.

Die am 1. November fällig gewesene Landabgabe wird bis Donnerstag, den 8. November d. J. zum Goldwucherrechnungstag vom 1. November an genommen. (8111)  
Lübeck, den 5. November 1923.  
Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck  
Abteilung Ia. für Besitz- u. Verkehrsteuer

#### Zahltag

**für Kleinrentner:**  
jeden Donnerstag in der zuständigen Schule  
Buchstaben A-L . . . 3-4 Uhr,  
M-Z . . . 4-5 Uhr.  
**für Sozialrentner:**  
jeden Freitag im Konzerthaus Lübeck, Fachsenburger Allee 40/42  
Buchstaben A-E . . . 9-10 1/2 Uhr,  
F-K . . . 10 1/2-12  
L-R u. S . . . 1 1/2-3  
Sch, St-Z . . . 3-4 1/2  
Lübeck, den 6. November 1923. (8110)  
Das Wohlfahrtsamt.

Größerer Handkoffer gegen Feuerung zu tauschen gesucht. (8101)  
Ang. u. C. 431 a. d. Exp. Heinzmann, Yorkstr. 19.

## Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

## Dirin

Hentel's bestes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

## billiges Waschen

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen zur silbernen Hochzeit danken herzlich (8114)  
**Hermann Denker und Frau.**

Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter u. Urgroßmutter (8162)  
**Anna Denker, geb. Behrens**  
im Alter von 83 Jahren.  
Zief betrauert von der Hinterbliebenen.  
Beerdigung Donnerstagnachmittag 2 1/2 Uhr Bornwerter Friedhof.

Junges berufstätiges Mädchen sucht leeres Zimmer mit Kochgelegenheit. Ang. unt. C. 439 an die Exp. d. Bl. (8099)

Zweites Klappwagen gegen eine zu tauschen. 2 Geil und Herz get. Lebensmittel zu tauschen. Träuer, Erdmännchen (8169)  
Schwartzmeyer Landstr. 4

### Bekanntmachung!

Meiner werthen Kundschaft Lübecks und Umgebung zur gell. Kenntnis, daß ich morgen **Mittwoch, den 7. November 1923**, mein Tuchlager von der Fleischhauerstraße 71 nach  
**Huxstraße 113 (Telephon 2854)**  
verziege.  
Das mir bisher in so reichlichem Maße erwiesene Vertrauen bitte ich, mir auch fernerhin angedeihen zu lassen.  
Mit erhöhter Aufmerksamkeit werde ich nach wie vor bemüht sein, meine werthe Kundschaft durch **reichhaltiges Lager, streng reelle Bedienung und billigste Preise** in allen Qualitäten — vom einfachsten Buckskin bis zum edelsten Kammgarn — zu bedienen.

**N. Honigs Tuchlager,**  
**Huxstraße 113.**  
Telephon 2854. (8093)



Hab acht, pass auf, vergiss es nie, Erdal, Schuhcreme spart Zeit und Mühe.

## Erdal

Werner & Mertz A.G. Mainz

**Landrentenkasse für den Landesteil Lübeck.**  
Für die Zeit vom 29. Okt. bis zum 4. Nov. 1923 betragen die Tagesbeiträge für Dienstmädchen in der Stadt sowie für Melkfrauen und Arbeiterinnen 900 Millionen, für Dienstmädchen in der Landwirtschaft sowie für Knechte bis 22 Jahre 1500 Millionen, für Knechte über 22 Jahre sowie für Wochenlöhner 2100 Millionen, für Deputatarbeiter 220 Millionen, für Schweizer, Haushalter, Meiereiverwalter und Freiarbeiter 3900 Millionen Mark. (8104)  
Durch Reichsgesetz vom 18. Okt. ist den Krankenkassen die Einziehung des Beitrages zur Erwerbslosenversicherung auferlegt. Der Beitrag beträgt 20% des Krankentafelbeitrages und wird je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Versicherten getragen. Für den Beitrag zur Erwerbslosenversicherung kommen nur Versicherungspflichtige in Betracht. Die Beiträge sind zusammen mit den Krankentafelbeiträgen zu zahlen und werden von der Kasse an den Landesvorstand abgeführt. Sie betragen ab 1. Nov. 1923 für Dienstmädchen in der Stadt sowie für Arbeiterinnen und Melkfrauen 180 Millionen täglich, für Dienstmädchen in der Landwirtschaft sowie für Knechte bis 22 Jahre 300 Millionen täglich, für Knechte über 22 Jahre für Deputatarbeiter 420 Millionen täglich, für Schweizer, Haushalter, Meiereiverwalter und Freiarbeiter 780 Millionen täglich.  
Da die Kasse diese Beiträge innerhalb drei Tagen an den Landesvorstand abführen muß, ist es Pflicht eines jeden Arbeitgebers, die angeforderten Beiträge sofort einzuzahlen, andernfalls erfolgt Aufwertung nach der Reichsrichtzahl.  
Cutin, d. 1. Nov. 1923. Der Vorstand.

Petroleum-Krone mit Gas-Einrichtung gegen Badfisch - Mantel zu tauschen oder zu verkaufen. Ang. unt. C. 429 an die Exp. d. Bl. (8097)

**Eimerbier**  
Dienstag von 3-6 Uhr. (8076)  
**H. Bode.**

Gr. mach. Ziehhund zu verkaufen gegen Korn od. Kartoffeln od. zu verkaufen. (8095)  
Siedlung Dornbreite, Am Mailand 8.

**Antant v. Gold- und Silber-Bruch, Gebirg, einz. Zähne.**  
**Willi Westfeling**  
32 Goldstr. 3 (8098)

**Steppdecken**  
(auch Nonhalzen)  
Spethmann, Breits Str. 31. (8077)

**Visitenkarten**  
fertigt an die  
**Buchdrucker! von Friedr. Meier & Co.**